

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Enthüllungen im Sklarek-Prozeß

Der Berliner Korruptionssumpf

„Der Magistrat hat alles in Grund und Boden gewirtschaftet!“

Kunden der Arbeiterbank . . .

Berlin, 28. Dezember.

Der Sklarekprozeß bringt immer neue Überraschungen für die breite Öffentlichkeit. Die Vernehmung des Stadtbankdirektors Hoffmann brachte den Nachweis, daß die Hauptschuld an dem Skandal der gesamte Berliner Magistrat, der frühere Oberbürgermeister Böß und in erster Linie die Sozialdemokraten Hirsch und Brolat tragen.

Nach den Weihnachtsfeiertagen wurde am Montag im Sklarek-Prozeß der Wechselverkehr der Sklareks mit der Stadtbank erörtert, der mit einem von der Firma Wilt Sklarek am 8. Januar 1926 der Stadtbank übergebenen Wechsel in Höhe von 4102 Mark (Laufzeit fünf Monate) begann. Stadtbankdirektor Hoffmann will mit diesen Wechselgeschäften nicht unmittelbar zu tun gehabt haben, da sie Sache der Wechselabteilung und Kreditabteilung gewesen seien, der der inzwischen verstorbene Stadtbankdirektor Hirsch vorstand. Wegen der Kreditwürdigkeit der Sklareks habe man bei der Stadtbank keine Bedenken gehabt, die Sklarekschen Wechsel zu diskontieren.

Vorsitzender: „Hielten Sie die Diskontierung mit den Satzungen der Stadtbank vereinbar?“

Hoffmann: „Wir haben hier eine Ausnahme gemacht, weil wir mit den Sklareks ins Geschäft kommen wollten. Das Wechselgeschäft war für uns nur eine sekundäre Frage.“

Vorsitzender: „Hatten Sie gar keine Bedenken?“

Hoffmann: „Damals waren sie nicht vorhanden, da die Sklareks vom Magistrat ganz besonders gefördert wurden. Wir mußten die Sklareks für eine allererste Firma halten und dachten daran, unser junges Bankinstitut hochzubringen.“

Der Magistrat hat doch die Sklareks begünstigt. Hinter den Sklareks stand der Oberbürgermeister Böß.

Vorsitzender: „Wollen Sie behaupten, daß Oberbürgermeister Böß die Wechsel gesehen hat?“

Hoffmann: „Das ist ausgeschlossen. Böß war doch eher sehr kaufmännisch eingestellt.“

Vorsitzender: „Ich glaube, das ist das Letzte, was man von Oberbürgermeister Böß behaupten kann.“

Hoffmann: „Ich wußte jedenfalls von den guten Beziehungen der Sklareks zu Böß. Davon habe ich mich ja auch zum Presseball persönlich überzeugen können. Stadtverordneter Rosenthal und Brolat traten auch für die Sklareks ein. Rosenthal gab gute Auskünfte und erklärte, daß die Sklarekschen Firmen Behördencharakter trügen. Verluste seien ausgeschlossen. Rosenthal erklärte weiter, daß die Sklareks ein Kaufhaus mit konkurrenzlosen Preisen errichten wollten.“

Außerordentlich erregt erklärte Hoffmann: „Herr Vorsitzender, das alte Jahr geht zu Ende. Zwei Jahre lang hat auf der Stadtbank das Odium der Verluste gelegen. Das Gesetz zur Abwendung des Konkurses ist vom Magistrat nicht beachtet worden. Es hätten, wenn man es gewollt hätte, viele Werte gerettet werden können. Es war unnötig, den Sklarekschen Pferdewagen für 109 000 Mark zu versteigern.“

Der Magistrat hat ja alles in Grund und Boden gewirtschaftet. Man hätte den Monopolvertrag, der doch schließlich ein aktiver war, auswerten müssen. Karstadt wollte diesen übernehmen. Man hat es abgelehnt. Der Magistrat hat den Verlust gelitten.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß die Schädigung durch Kieburg doch leider immer noch eine unbewiesene Behauptung der Sklareks sei. Er, Hoffmann, müsse dies noch etwas erläutern.

Hoffmann: „Die Sklareks waren doch damals Millionäre!“

Vorsitzender: „Jawohl, sie borgten die Millionen von der Stadt.“

Hoffmann: „Die Öffentlichkeit ist immer so informiert worden, daß es hieß: hier sind die beiden Strolche Hoffmann und Schmidt; in uns hat man den Sündenbock gesucht.“

Vorsitzender: „Jedenfalls ist es Tatsache, daß die Stadtbank von den Sklareks hineingelegt worden ist. Das Gericht interessiert lediglich die Frage, ob Sie von den Sklareks getäuscht worden sind oder ob Sie die Sklareks begünstigt haben, wie die Staatsanwaltschaft behauptet.“

Hoffmann: „Das ist ausgeschlossen. Wir wollten die Sklareks geschäftlich an uns fesseln.“

Vorsitzender: „Warum hielten Sie denn die Sklareks für den Gipfelpunkt der Seligkeit?“

Hoffmann: „Wir hatten den kommunalen Giroverkehr auf unser Papier geschrieben. Der Ruf der Sklareks war einwandfrei. Ich hielt sie persönlich auch für gutmütig. Hinzu kam, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Hirsch die Sklareks als Kunden für die Ar-

beiterbank heranziehen wollte. Wir mußten die Sklareks gut behandeln, damit sie nicht absprangen. Ich muß immer wieder an die guten Beziehungen, die die Sklareks zum Magistrat hatten, erinnern. So denke ich an die Einweihung der Villa Leo Sklareks, wo Brolat in einem Satz, der auf Leo Sklarek gemünzt war, sagte: Ich habe den Jungen so lieb, ich möchte ihm am liebsten einen Kuß geben. Die Sklareks hatten den Tornister voller Aufträge. Wir mußten uns also sagen, die Sklareks ruhen gut und sicher. Ich habe die Sklareks als aufrichtige Menschen kennengelernt; leider haben sie mir dabei nicht gesagt, daß ihre Rechnungen fingiert waren. Eineinhalb Millionen hat die Stadtbank jedenfalls aus den Sklareks herausgeholt.“

Vorsitzender: „Die eineinhalb Millionen stehen doch leider nur auf dem Papier.“

Leo Sklarek stellt hierbei fest, daß Hoffmann anlässlich einer Nachprüfung durch Beamte des Oberpräsidenten zu ihm gesagt habe: Ich habe dabei so auf Ihr Konto aufpassen müssen und konnte keinen Augenblick verschwinden.“

Demgegenüber erklärt Stadtbankdirektor Hoffmann, er hätte keine Angst vor Nachprüfungen, und niemals hätte er etwas Derartiges gesagt. „Ich müßte ins Irrenhaus gehören, wenn ich so leichtfertig meinen Ruf und meine Ehre aufs Spiel gesetzt hätte.“

Ein grauenhaftes Bild, was aus der Politik und den Politikern einer Arbeiterpartei wird, wenn sie sich an die kapitalistische Gesellschaft und ihren Staat ketten, statt das Proletariat zur Zertrümmerung des bürgerlichen Staates zu führen!

Der Sinn der vom Völkerbund gesegneten Blutarbeit:

Krisenventil für Japan?

Systematische Ausbeutung der Mandschurei

Tokio, 28. Dezember 1931.

Kriegsminister Araki erklärte in einer Unterredung mit dem Vorsitzenden der südmandschurischen Bahn, das Kriegsministerium habe einen Plan zur Ausbeutung der Mandschurei ausgearbeitet. Nach diesem Plan müsse der japanische Markt belebt und die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Die Regierung habe beschlossen, den Plan zur Schaffung einer mongolisch-mandschurischen Republik mit dem Regierungssitz in Mukden zu unterstützen.

Moskau, 28. Dezember 1931.

Nach einer russischen Meldung aus Tokio hat der mongolische Fürst Kolombai erklärt, daß die mongolischen Fürsten beschlossen hätten, unter dem Schutze Japans ein neues Mongolenreich zu bilden, das aus der Innen- und Außenmongolei bestehen solle. Fürst Kolombai ist zu den Verhandlungen nach Tokio abgereist.

Nach einer Meldung aus Tokio hat das japanische Kriegsministerium angeordnet, daß die japanischen Truppen in Schimonoseki in Stärke einer Kavallerie- und zwei Infanterie-

brigaden sich nach Dairen einschiffen. Von dort sollen sie weiter nach Mukden befördert werden. Die Zahl der japanischen Truppen in der Mandschurei wird auf rund 60 000 Mann geschätzt.

Dieser Schrei der Mongolen nach Japans „Schutz“ ist natürlich bestellte Arbeit der herrschenden Schichten, denen von Japan eine entsprechende Belohnung zugesagt ist. Im übrigen enthüllt sich hier der imperialistische Hintergrund der mandschurischen Aktion Japans. Nicht um angeblich verletzter „Rechte“ an der mandschurischen Bahn willen erfolgte der Einmarsch und die Eroberung, sondern aus den Expansionswünschen des japanischen Kapitals. Es kann wohl sein, daß sich hier ein Krisenventil blutig geöffnet hat. Aber auch hier gilt, was Marx im kommunistischen Manifest schon schrieb und was heute die kapitalistische Welt in ihrer Gesamtheit grausig erlebt: Die Bourgeoisie kann Krisen nur überwinden, indem sie gewaltigere und allseitigere Krisen vorbereitet!

„Die Front steht“

Von Anna Siemsen

Nach dem Tolerierungsbeschuß der Reichstagsfraktion im Herbst des Jahres schrieb die Genossin Sender einen Artikel für die sozialdemokratische Presse: „Die Front steht“, nämlich die Front der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenorganisationen, der Freien, Christlichen und Hirsch- plus rechtsradikalen Beamtenorganisationen in der Art des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, die Front zur Abwehr des sozialen und Lohnabbaus. Es ist eine zweifellose Tatsache, daß alle diese Verbände ein Lebensinteresse haben an einer solchen Abwehr. Es ist ebenso zweifellos, daß dieses Interesse ein sehr wichtiger Faktor sein kann bei der Schaffung einer Abwehrfront, die wirklich „steht“. Aber es ist ein ziemlich himmelblauer Optimismus anzunehmen, daß dies Interesse, gemeinsame Sitzungen und eine oder eine Anzahl von gemeinsamen Protestresolutionen eine solche Front bereits darstellen. Das entscheidende ist für eine solche Front nämlich nicht, daß man eine Not empfindet und aus ihr heraus will, sondern, daß man bereit ist, einen gemeinsamen Weg zu diesem Zweck zu gehen. Wenn es genügt, gegen Lohnabbau zu protestieren und die Wiederherstellung des besseren Lohnniveaus, des Tarifrechts und der sozialen Leistungen zu verlangen, damit einem alle diese schönen gebratenen Tauben ins Maul flögen, so wäre es sehr wohl um die Einheitsfront bestellt. Aber leider ist all das nur erreichbar, wenn gleichzeitig in das Chaos unserer Wirtschaft und Finanzen einige Ordnung gebracht wird. Und wie wir aus diesem Sumpfe gelangen, darüber wird bei „Freien“, „Christen“, Hirschen und Deutschnationalen Handlungsgewerkschaften eine etwa ebenso einheitliche Aktion zu erreichen sein wie bei dem berühmten Himmelswagen des Märchens, wo das Gespann der Pferde rund um den Wagen verteilt war: zwei rechts, zwei links, zwei vorwärts, zwei rückwärts. Die Nationalen werden Brechung der ausländischen Zinsknechtschaft verlangen, die Hirsche verständnisvolle Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und -nehmerschaft. Und da jede Front so stark ist wie ihr schwächster Punkt, so sind die tiefsten Risse hier in Kürze unvermeidlich. Der Kern aber der Front, die Christen und die Freien, wie steht es um die Einheit ihres Programms? Natürlich hängen die Christen ab vom Zentrum wie die Freien von der Sozialdemokratie, natürlich nehmen jene auf Brüning und Stegerwald die gleiche Rücksicht wie diese auf die Reichstagsfraktion. Aber da die einen tolerieren, wo die andern notverordnen, so ist der praktische Unterschied nicht gar so groß. Beide Gewerkschaften sind dadurch gezwungen, „Milderungen“ auf dem Verhandlungswege zu erlangen, beide sind am offenen Kampfe verhindert, beide bilden also einen Flügel der Stillhaltungsfront, die nach Stegerwald so wichtig ist für Deutschlands Zukunft, und von der man mit Recht mit der Genossin Sender erklären kann, daß sie steht

Die „Sozialistische Wochenzeitung“ erscheint am Mittwoch. Die Abholung für Berlin wie gewöhnlich am Dienstag

und vermutlich noch lange auf derselben Stelle stehen wird.

Wie aber steht es mit der weiteren Aktion? Wie steht es mit dem gemeinsamen Programm, das über die Behebung der Augenblicksnot zur Ordnung des Chaos, heraus aus dem Sumpt führt? Die freien Gewerkschaften haben ein solches Programm, den Sozialismus. Es liegt wohlverwahrt im historischen Archiv und zu Ehren der Einheitsfront wird man es vermutlich noch ein bißchen besser verschließen. Die „Christen“ aber bekommen ihr Programm von der katholischen Kirche geliefert. Es ist erheblich aktueller, erfreut sich einer großen Beliebtheit weit über die katholischen Kreise hinaus und heißt „berufsständische Ordnung“.

Gepflegt ist diese Ideologie des „Berufsstandes“ seit etwa einem Jahrzehnt. Professoren und Werkingenieure, Behörden und Sozialreformer haben das Kind gepupelt. Aber die rechte Taufe hat ihm erst das Rundschreiben des Papstes „Anno Quadragesimo“ im Sommer dieses Jahres gegeben. Dieses Schreiben, das von sozialdemokratischer Seite warm begrüßt wurde als eine Annäherung an den Sozialismus, und das für jeden Katholiken eine bindende Vorschrift ist, empfiehlt zur Ueberwindung der kapitalistischen Unordnung eine Organisation der Berufsstände unter Ueberwindung des irreführenden und unchristlichen Klassengedankens und unter Leitung und Aufsicht des Staates. Von dieser Ordnung erwartet der Papst: friedliche Zusammenarbeit der Klassen, Zurückdrängen der sozialistischen Organisationen, regeln des Einflusses der Behörden, und damit es klar werde, woher dieses Programm stamme, weist er lobend auf einen Staat hin, der es angewandt und bis auf einige kleine Schönheitsfehler segensreich durchgeführt hat. Das ist der faschistische Staat Mussolinis, und das Heilmittel des Papstes sind die faschistischen Zwangsgewerkschaften mit ihrer Wirtschaftsfriedlichkeit, ihrem antisozialistischen Charakter, der behördlichen Bevormundung. Die Carta del Lavoro Mussolinis ist das nachahmenswerte Vorbild, das allen katholischen Arbeitern, das insbesondere den deutschen christlichen Gewerkschaften als Allheilmittel für die wirtschaftlichen und politischen Nöte hingestellt wird, wo „der ganze Leib zur Einheit gefügt ist durch die Verbundenheit der Dienstleistungen aller Glieder, in dem jeder Teil die ihm angemessene Betätigung verrichtet.“

Unsere Organisationen, Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung, sind heute hypnotisiert durch das Schreckgespenst Hitler. Ihn abzuwehren, bilden sie Fronten mit Brüning und Groener, mit dem Zentrum und der Wirtschaftspartei, mit den bürgerlichen Beamtenorganisationen und den vom katholischen Klerus dirigierten christlichen Gewerkschaften. Die politische Demokratie ist diesen Bündnissen bereits geopfert. Soll jetzt die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterschaft folgen? Die beunruhigendste Nachricht der letzten Wochen war die Regierungsverordnung, durch welche die Betriebsräte wahlen für ein Jahr suspendiert werden. Das „Berliner Tageblatt“ wußte zu berichten, das sei geschehen auf Anregung des Bergarbeiterverbandes, der die Radikalisierung der Belegschaften und Verlust seines Einflusses fürchte. Stimmt diese Nachricht, so würde sie eine wahre Katastrophe enthüllen. Die Suspendierung der Wahlen ist ein reiner Willkürakt, von der widerrechtlichen Ausschaltung der Arbeiter bei der Wahl ihrer Vertreter bis zur Ernennung dieser Vertreter durch die Regierung ist nur ein sehr kleiner Schritt. Von der Faschisierung der Betriebsräte bis zu der der Gewerkschaften ist er kaum größer.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die gewaltsame Machtergreifung der Faschisten unter handgreiflichen Terrormaßnahmen nur eine der heutigen Gefahren ist und nicht die dringendste. Dringender, weil mitten in der Durchführung begriffen, ist die Faschisierung auf kaltem Wege. Die Beseitigung der politischen Demokratie ist so gut wie vollendet, jetzt beginnt die stückweise, legale Beseitigung der Koalitionsfreiheit. Die Suspendierung der Betriebsräte wahlen ist der erste versuchsweise Schritt. Am Ende stehen die wirtschaftsfriedlichen Zwangsgewerkschaften unter Staatskontrolle, durch die Kapital und Arbeit nach päpstlicher Vorschrift „zur Einheit gefügt“ und der Sozialismus „beseitigt“ wird.

Sozialdemokratische Parteileitung und die Leitung der Gewerkschaften sind — das haben sie bewiesen — zu sehr vielm bereit, wenn sie sich dadurch ihre Anerkennung sichern können als unentbehrliche Garanten der Ordnung in Deutschland (siehe Stegerwalds Rede), ihren Apparat vor dem Zerschlagen, sich selbst vor gewaltsamen Terrormaßnahmen sichern können. Um so dringender ist die Aufgabe der Arbeiterschaft Front zu bilden gegen den legalen Faschismus, der bei uns Tag für Tag an Macht gewinnt und mit Freiheiten und Rechten der Arbeiterschaft auch ihre Kampffähigkeit unterhöhlt. Einheitsfront, ja! Aber nicht Einheitsfront der berufsständischen Gegner des Sozialismus mit den sozialistischen Arbeitern, diese Mischung von Feuer und Wasser, sondern die Front der klassenbewußten und daher zum Kampf entschlossenen Proletarier. Könnte sich nicht auch die Genossen Sender darauf besinnen, daß sie ein Jahrzehnt lang diese Front gefordert hat?

Alarm!

Nazi nagen an der Arbeiterfront!

Berlin, 24. Dezember 1931.

Der „Völkische Beobachter“ teilt mit: Bei den gestern stattgefundenen Betriebsratswahlen bei der Firma Gerold haben die Nationalsozialisten einen außerordentlichen Erfolg zu verzeichnen. Das Ergebnis lautet: Liste 1: Nationalsozialisten 44 Stimmen (im Vorjahr 25 Stimmen). Liste 2: Freie Gewerkschaften (Gesamtverband) 30 Stimmen (im Vorjahr 54 Stimmen). Die Nationalsozialisten erhielten somit vier Sitze gegenüber nur zwei Sitzen im vorigen Jahr, während die freien Gewerkschaften in diesem Jahr nur zwei Sitze gegenüber vier Sitzen im Vorjahr erzielten.

Wenn auch der Betrieb, um den es sich hier handelt, von geringfügiger Bedeutung ist, und wenn auch in den entscheidenden Großbetrieben — von Ausnahmen wie Leuna abgesehen — der nationalsozialistische Einfluß bedeutungslos ist, so ist doch auch eine solche Wahl ein Alarmzeichen. Die Passivität der Gewerkschaftsführungen gegenüber der kapitalistischen Krise und ihre Unterstützung der SPD-Politik, die die Arbeiter kampfflos der fortschreitenden Ausbeutung der Brüning-Regierung ausliefern, haben breite Schichten des Proletariats derart entmutigt, daß Sie schon der faschistischen Demagogie erliegen.

Es ist die letzte Stunde, das Umsichgreifen dieser Bewegung zu verhindern!

In Betrieben und Gewerkschaften müssen un-

sere Genossinnen und Genossen mit zähester Energie, mit nie erlöschendem Feuer daran arbeiten, die Proletarier zu aktivieren für die Ziele, die ihnen im Augenblick am verständlichsten sind und zugleich weiteren, umfangreicheren, tiefgreifenden Aktionen vorarbeiten, die münden müssen in die Ueberwindung der kapitalistischen Anarchie durch die proletarische Revolution, die dem Sozialismus den Weg öffnet.

Faschismus im Vormarsch!

Leipzig, 23. Dezember.

Am Montag, dem 21. Dezember, fanden am Leipziger Amtsgericht die Angestelltenbetriebsratswahlen statt. Von 355 Angestellten haben 318 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Drei Listen waren aufgestellt, auf die sich die Stimmen und Sitze wie folgt verteilen:

- Liste 1: GDA 61 Stimmen 1 (2);
- Liste 2: ZdA 96 Stimmen 2 (3);
- Liste 3: Nationale Stimmen 154 Stimmen 4 (2).

Während bei den vorjährigen Betriebsratswahlen die Nationalsozialisten noch mit zwei gegen fünf Stimmen in der Minderheit blieben, haben sie diesmal mit 4 gegen 3 Stimmen die Mehrheit erhalten.

Die Nähe des Reichsgerichts scheint gewirkt zu haben. Im übrigen ist auch diese Wahl ein deutliches und bedrohliches Zeichen für die Faschisierung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates. Wann erwacht die Arbeiterklasse zum aktiven Widerstand?

Zwiegespräch Macdonald—Laval?

In der internationalen hohen Politik hat die Betriebsamkeit trotz der Feiertage in diesem Jahre nicht geruht. Ueberall sind Hände am Werk, um zu Lösungen zu kommen. Die Krise lastet auf allen wie ein Alpdruck und wird nur von der Furcht vor dem Ungewissen übertroffen, das sie möglicherweise für die herrschende Klasse aller Länder nach sich zieht. Es fehlt auch nicht an warnenden Signalen. Soeben hat Ungarn als erster europäischer Staat ein Auslandsmoratorium verkündet, was praktisch nur eine Umschreibung für Bankrotterklärung ist. Immer stärker rüttelt der Sturm der Krise auch an den Währungen. Die meisten von ihnen haben längst ihre Stabilität verloren, darunter selbst eine so angesehene und für die gesamte Weltwirtschaft entscheidende wie das englische Pfund. Das neueste Menetekel kommt aus Neufundland, dessen Regierung unmittelbar vor dem Zwang steht, in aller Form den Staatsbankrott zu erklären. Viel Zeit ist also nicht mehr zu verlieren, wenn dem Weitergreifen der Krise gesteuert werden soll. Das hat bis heute von allen Staatsmännern am deutlichsten der englische Premierminister Macdonald begriffen, der auch sofort nach Fertigstellung des Basler Berichts den Verzweiflungsruf ausstieß: „Laßt uns um Gotteswillen eiligst zusammen treten.“

Inzwischen hat Macdonald seinem eigenen Wunsch bereits auch einen entsprechenden Schritt folgen lassen. Er hat den französischen Ministerpräsidenten Laval zu einer Besprechung eingeladen, die der bevorstehenden neuen Reparationskonferenz der Regierungen vorangehen soll. Wie verlautet, soll Laval bereit sein, dieser Einladung zu entsprechen, da — wie sich eine französische Zeitung ausdrückt — „es durchaus wünschenswert ist, daß die Londoner und Pariser Regierung auf der nächsten Reparationskonferenz mit Thesen erscheinen, die so wenig wie möglich auseinandergehen.“

Die mögliche Richtung des Zwiegesprächs Macdonald-Laval wird in einer scheinbar offi-

ziösen Notiz des „Ezelsior“ angedeutet, der es als durchaus wahrscheinlich hält, daß die Regierungen Englands und Frankreichs dazu kommen, „in Washington einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, um die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Zusammenhänge der Schulden- und Reparationsfrage zu lenken“.

Reparationskonferenz im Haag?

TU. Berlin, 28. Dezember.

Wie von hiesiger zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Frage, wann und wo die bevorstehende Reparationskonferenz stattfinden soll, zur Zeit noch vollkommen offen. In politischen Kreisen wird jedoch erklärt, daß der Haag als Konferenzort für alle Teilnehmer durchaus zweckmäßig wägen würde. In den gleichen Kreisen wird die dritte Januar-Woche als Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz genannt.

Neufundland vor dem Staatsbankrott

Die Regierung von Neufundland steht unmittelbar vor der Erklärung des Staatsbankrotts. Man erwartet am Neujahrstag die Ankündigung, daß die Regierung den Zinsendienst für 90 Millionen Dollar Staatsanleihen einstellen muß. Im Zusammenhang mit der schlechten Finanzlage Neufundlands ist vor 14 Tagen von der Regierung vergeblich versucht worden, Labrador für 20 Millionen Pfund an Kanada abzustoßen.

Kolonialminister Thomas äußerte zu der Nachricht, daß der Zusammenbruch Neufundlands nur ein Sturmzeichen mehr in der finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Welt sei, ein Beweis aber auch dafür, daß nur internationale Zusammenarbeit auf einer breiten und staatsmännischen Grundlage die zivilisierte Welt vor dem Zusammenbruch retten kann.

Lohnabbau-Diktate

Für den sächsischen Steinkohlenbergbau...
Zwickau, 28. Dezember.

Der sächsische Landesschlichter hat auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember eine bindende Entscheidung getroffen, die sowohl die Löhne der Arbeiter wie die Gehälter der Angestellten vom 1. Januar 1932 ab um 10 Prozent kürzt. Die Regelung ist in beiden Fällen zunächst bis zum 30. April 1932 unkündbar.

... und für die Hafnarbeiter.

Hamburg, 28. Dezember

Der Schlichter für Nordwestdeutschland, Dr. Stenzel, hat auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember in Hamburg einen Schiedsspruch gefällt, der eine Herabsetzung der bisherigen Tariflöhne für die Hafnarbeiter um 10 Prozent vorsieht. Der Manteltarif bleibt unverändert bestehen, auch sind die Zuschläge (Schmutzgelder usw.) zu den Schichtlöhnen im großen und ganzen unverändert beibehalten worden. Der Schichtlohn beträgt nach der neuen Regelung anstatt bisher 8,30 RM. jetzt 7,60 RM. Die neue Regelung tritt am 1. Januar 1932 in Kraft und hat eine Geltungsdauer bis zum 30. April 1932. Der Tarif kann mit vierwöchiger Frist gekündigt werden.

Bisheriges Ergebnis des Weihnachtsfriedens:



Zwei erschossene Arbeiter

Schwante, 27. Dezember.

In dem Dorf Schwante bei Kremmen im Kreis Osthavelland kam es in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertag zu einem schweren Zusammenstoß während einer Weihnachtsfeier des Stahlhelms, wobei ein Arbeiter tödlich und ein zweiter lebensgefährlich verletzt wurden.

Bei der Veranstaltung waren Mitglieder eines Arbeiter-Turnvereins, der in dem gleichen und einzigen Lokal des Ortes in einem andern Saal eine Feier hatte, mit Stahlhelmen in Streit geraten. Der Berliner Schupowachmeister Karl Genschow, der Sohn des Gemeindevorstehers von Schwante, mischte sich in den Streit und griff schließlich zu seiner Pistole. Der Arbeiter Karl Geschnike brach sterbend zusammen, während der Arbeiter Bruno Berkowitz so schwer getroffen wurde, daß er in hoffnungslosem Zustand ins Nauener Krankenhaus gebracht wurde.

Weihnachtsfrieden?

Marinevereinsvorsitzender wirft Flugblätter ab

Hamburg, 28. Dezember.

Am Sonntag charterte ein etwa 50jähriger Mann auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel ein Flugzeug zu einem Rundflug über Hamburg. Er forderte den Flugzeugführer auf, die Hauptstraßen der Stadt so tief wie möglich zu überfliegen, um den Weihnachtsverkehr in den Straßen genau beobachten zu können. Ueber dem Hauptbahnhof warf der seltsame Fluggast plötzlich mehrere tausend Flugblätter ab. Der Flugzeugführer, der das bemerkte, lenkte seine Maschine sofort nach dem Flughafen zurück, wo der Fluggast bei der Landung verhaftet wurde, da der Abwurf von Flugblättern über dem hamburgischen Hoheitsgebiet nicht erlaubt ist.

Auf der einen Seite des Flugblatts befindet sich ein von einem Dr. W. aus Niebüll verfaßtes Gedicht, dessen Strophen sich gegen den Versailler Vertrag richten, und mit den Worten: „Nieder mit dem Schandvertrag“ schließen. Auf der anderen Seite des Flugblattes setzt sich derselbe Verfasser in einem „Deutsche Weihnachten“ überschriebenen Artikel für den Weltfrieden ein. Bei der polizeilichen Vernehmung gab der Verhaftete zu, der Verfasser des Flugblattes zu sein. Er wurde einstweilen der politischen Polizei übergeben.

Es handelt sich bei dem Verhafteten um den früheren Marineoffizier, jetzigen Zahnarzt Dr. Egon Wenberg, der in Niebüll seine Praxis ausübt und Vorsitzender des dortigen Marinevereins ist.

Die gleiche Meldung, die wir von der TU erhalten, erscheint interessanterweise bei dem halboffiziellen Wolffschen Telegraphenbüro unter der Ueberschrift: „Friedenspropaganda vom Flugzeug aus.“ Propaganda gegen den Versailler Vertrag ist also gleichbedeutend mit Friedenspropaganda? Dann werden wohl den Nazis bald die Friedensengel flügel wachsen. — Im übrigen wird hier von dem offiziellen Büro ein eklatanter Verstoß gegen Weihnachtsfrieden und Hamburger Staatsgesetz durch eine solche Ueberschrift verherrlicht! — Herrliche Zustände.

Durch Kohlengase vergiftet

TU. London, 28. Dezember.

In der Frickley-Kohlengrube bei Doncaster in Yorkshire wurden in den Morgenstunden des Montags fünf Arbeiter durch Kohlenmonoxgase vergiftet und getötet.

Wir waren ja nur Sumpfhühner . . .

Entschuldigen Sie bitte, Genosse Kaganowitsch!

Endlich merken wir, was für arme Schweine und faule Gesellen wir schon immer gewesen sind! Es gibt da noch Leute, die uns traurigen Opportunisten die Leviten lesen und wir können nicht anders: wo die Genossen Stalin und Kaganowitsch sprechen, schweigen wir betreten still. Denn wir haben immer geglaubt, daran gearbeitet zu haben, daß in Deutschland auch eine Revolution kommt und dabei haben wir nur die deutschen Arbeiter in den Sumpf hineingeführt. Wohl dem, der auf hoher Warte und festem Boden steht und uns armselige Schächer versinken und verfaulen sieht.

Was haben wir denn eigentlich getan in all den Jahren des Krieges und nach dem Krieg, bevor die Worte des Genossen Kaganowitsch zu uns gekommen sind? Schlagen wir doch an die Brust und schauen wir zurück auf unsere jämmerlichen Taten.

Wir waren vor dem großen Kriege in der Sozialdemokratischen Partei. Wir haben in der Jugendbewegung gearbeitet und dort die Theorien von Marx und die Geschichte der Revolution, auch der russischen, studiert. Wir hatten allerdings in der Volksschule kein Russisch gelernt und so blieb uns manches, wenn nicht zu sagen fast alles, unbekannt, was man in Rußland geschrieben hatte. Daß in Rußland die Spaltung der Sozialdemokratie in Bolschewiki und Menschewiki erfolgt war, hörten wir — aber über die näheren Umstände fehlte uns jedes Material. So taten wir denn schlecht und recht das Einzige, was uns armen Hunden übrig blieb: wir bildeten eine Opposition gegen die offizielle Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Wir abonnierten gemeinsam die „Leipziger Volkszeitung“, weil sie die meisten Artikel aus der Feder Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings brachte; wir besuchten heimlich die Parteiversammlungen, in denen Entschlüsse für den außerparlamentarischen Kampf gefaßt wurden und wurden von den erwachsenen Kollegen, die auf dem reformistischen Flügel standen, dafür im Betrieb verprügelt und schikaniert. Unsere Jugendorganisation wurde polizeilich aufgelöst; da organisierten wir heimliche Versammlungen im Walde und öffentliche Demonstrationen.

Aber Bolschewiki waren wir keine, darin haben Sie recht, Genosse Kaganowitsch. Wir wußten nicht einmal genau, was das eigentlich ist, und wir geben zu, daß uns die hundertprozentigen Leninisten von heute, die vor zwei Jahren in den KJVD eingetreten sind, darin über sind. Mit achtzehn Jahren waren wir nur radikale Sozialdemokraten und keine Bolschewisten! Das ist eine Schmach, und wir wissen noch nicht, wie wir sie von uns abwaschen sollen.

Dann kam der Krieg! Unsere Organisation wurde zunächst wieder erlaubt, weil das Generalkommando dachte, wir seien Vaterlandsverteidiger geworden; und als es bald merkte, daß wir das nicht waren, wurden wir wieder verboten. Die illegale Arbeit war jetzt gefährlicher, aber sie machte uns noch mehr Spaß. Einige von uns wurden wegen Verweigerung des Militärdienstes auf Festung geschickt; viele von uns wurden wegen Verbreitung illegaler Literatur ins Zuchthaus oder Gefängnis gesteckt. Die anderen agitierten für die Revolution im Heer oder in der Heimat. Die Erfolge zeigten sich sehr langsam, aber wir kamen unter großen Opfern doch vorwärts.

Wir wurden ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen und gründeten eine revolutionäre, allerdings zunächst noch kleine Partei. Als Organ hatten wir eine Wochenzeitung, die unter Zensur gestellt war; unsere Versammlungen waren mit geringen Ausnahmen während des ganzen Krieges verboten. Mit Begeisterung lasen und verbreiteten wir die illegalen Flugblätter und die Spartakusbriefe, freuten uns über die erste Nummer der „Internationale“ und die Juniusbroschüre, deren Schwächen wir wahrscheinlich über dem revolutionären Gesamthalt übersahen, und hielten Rosa Luxemburg für eine echte, tapfere revolutionäre Führerin des deutschen Proletariats. Lenins Kritik der Junius-Broschüre lasen wir leider erst, als Rosa

schon tot war; denn die erste deutsche Ausgabe von „Gegen den Strom“ erschien erst 1919. Also darin haben Sie schon recht, Gen. Kaganowitsch, richtige Bolschewiki waren wir nicht in diesen Kriegsjahren, und darin ist uns der jüngste Pionier von heute über, der seinen Lenin nicht erst als erwachsener Mann zu studieren braucht.

Wir haben dann als Spartakusgruppe innerhalb und außerhalb der USP versucht, die Revolution mit vorzubereiten und durchzuführen. Die russische Revolution haben wir mit heller Begeisterung begrüßt; diese Begeisterung war damals noch nicht so gangbare Ware wie heute, und wir haben alles

getan, um jeden Fetzen, der uns über die Fortschritte dieser Revolution in die Hände kam, zu studieren und zu verbreiten. Daß wir mit unserer luxemburgischen Einstellung das deutsche Proletariat in den Sumpf führten, das haben wir damals nicht gewußt. Entschuldigen Sie diese Unwissenheit und die Tatsache, daß wir immer noch keine richtigen Bolschewisten waren. Vielleicht, wenn wir Sie früher gekannt hätten, Genosse Kaganowitsch, wäre aus uns etwas Brauchbares geworden. Aber so? Jeder Leninschüler, der zwar nicht bei Lenin, sondern bei Ihnen lernt, gibt uns heute einen Tritt. Nicht einmal die Fortschritte des Fünfjahresplanes haben wir da-

mal auswendig gewußt! Was waren wir doch für Sumpfhühner!

Wir haben dann in der Revolution mitgemacht, und als Rosa Luxemburg ermordet wurde — wir saßen gerade im Gefängnis —, haben wir geweint und es als einen unersetzlichen Verlust für das internationale Proletariat betrachtet.

Wir haben eben Sie noch nicht gekannt, Genosse Kaganowitsch, und — darin haben Sie recht — wir waren keine echten Bolschewisten.

Entschuldigen Sie bitte, Genosse Kaganowitsch;

Fritz Rück.

Nach 11 Wochen

Calmette-Beweisnahme nahezu abgeschlossen

H. F. Lübeck, 28. Dezember

In unserem letzten Calmette-Situationsbericht wiesen wir auf die sensationelle Wendung hin, die das Gutachten von Professor Ludwig Lange verursachte. Er stellte eine Übereinstimmung fest zwischen dem Stamm Kiel (menschliche Tuberkelbazillen) und den Stämmen aus den Organen der Lübecker Kinder. Am gleichen Tag sagte auch noch Professor Hahn aus, daß er ähnliche Feststellungen wie Ludwig Lange gemacht hätte, sogar mit Maß und Gewicht. Aber er hätte seine Befunde bis jetzt nicht vorbringen können wegen der Prozeßführung des Gerichts. Man ließ die Sachverständigen nicht reden. Auch Professor Bruno Lange vom Robert-Koch-Institut bestätigte die Aussagen Langes. Am folgenden Verhandlungstage brachte Professor Hahn in seinem Gutachten die chemische Untersuchung der Lübecker Kinderstämme und des Kieler Stammes vor, die übereinstimmten. Professor Much und Professor Uhlenhuth brachten andere Ergebnisse vor, die aber für Lübeck von untergeordneter Bedeutung sind. Sie halten eine Umwandlung des Calmette-Mittels in seine ursprüngliche Virulenz nicht nur für möglich, sondern für sehr wahrscheinlich. Zwischendurch gaben die Sachverständigen mal wieder eine Ehrenerklärung für Professor Deyke ab. Dann sprach Professor Kollé, der auch ein Hineinkommen von virulenten Tuberkelbazillen in den Impfstoff annahm. Er hielt die Untersuchungen der beiden Langes und Hahns für wissenschaftlich überzeugend. Und er ließ sich auch nicht davon abbringen, als ihm Professor Uhlenhuth dazwischenfuhr. — Professor Abel hielt eine Virulenzsteigerung des BCG für möglich, aber nicht für Lübeck zutreffend. Die Lübecker Katastrophe sei vielmehr auf die vollkommen unzulängliche Art zurückzuführen, in der der Impfstoff im Lübecker Laboratorium hergestellt wurde.

Am letzten Montag kamen „wir Zuhörer“ auf unsere Rechnung. Professor Much, der sich schon beim Gutachten Bruno Langes fuchtbar langweilte und zu einem Journalisten sagte: „Der quatscht sich ja noch tot“, geriet dann mit Professor Schürmann aneinander, der die „maßlose Frechheit“ besessen habe, ihn, Hans Much, anzugreifen. Da legte Much los: „Sie Lümmel, Sie! Sie dumme Junge! Sie dummes Aas!“ Auf den Zuhörertribünen hat man sich gefragt: Spitzenvertreter der Wissenschaft?

Bruno Lange ist zu dem Ergebnis gekommen, daß wohl nicht eine Vermischung in Frage kommt, sondern daß durchweg Reinkulturen des Stammes Kiel, also menschliche Tuberkeln, an die Kinder vererbt wurden. Er sprach dann in längeren Ausführungen über die Möglichkeiten der Art des in Frage kommenden Versehens. Und dann Herr Hans Much, der manche Dinge sagte, die wir als geistreich bezeichnen müßten, manches, dem wir ohne weiteres zustimmten. Aber im ganzen gesehen dasselbe, was wir bisher von Much gewohnt waren: Dieselbe herausfordernde Ueberheblichkeit und Eitelkeit, eben „Genie“. Er erzählte von den Inquisitionen der dogmatischen Wissenschaft (das ist sein

Steckenpferd!), von der Wissenschaft, die wie eine schöne Frau sei, vom alten Salomo usw. Der alte Prof. Hahn widersprach, daß die Wissenschaft nur vom Glück abhängen sollte, wie Much behauptet hatte.

Dann brachte Hahn sein Schlußgutachten vor. Wieder dasselbe: im Lübecker Laboratorium müssen versehentlich virulente Bazillen in den Impfstoff gekommen sein.

Das Kollektivkind

60 Ardie-Motorräder, 60 zugehörige Männer und ein Baby — es geschehen wunderbare Dinge auf der Welt.

Kürzlich erschien auf dem Vormundschaftsgericht in Reichenbach i. V. ein junges Mädchen mit einem Baby. Dieses Baby war ein Motorkind. Nämlich seine Mutter hatte einen Motorradfahrer kennen gelernt, der angeblich aus Zwickau stammen wollte, und diese Bekanntschaft verdichtete sich zu dem besagten Baby, das nach Ablauf der biologisch vorgeschriebenen Zeit das sogenannte Licht der Welt erblickte.

Leider war die Motorbekenntschaft längst nicht so anhaltend wie intensiv gewesen — die einzige Erinnerung der jungen Dame war die Fabrikmarke am Rad ihres Verheirats: Ardie.

Darauf Kriegsrat im Vormundschaftsgericht und folgendes Ergebnis:

Sämtliche Motorradfahrer von Zwickau, die im Besitze eines Ardie-Rades sind, werden von der Kriminalpolizei vernommen, um festzustellen, ob sie zu der fraglichen Zeit in Reichenbach gewesen sein können.

Man kann wohl sagen, daß dieser schwarze Tag einzigartig in der Geschichte der Motorfahrzeuge dasteht.

Das unmittelbare Ergebnis ist nicht weiter erhebend: mit der Grabesruhe eines indischen Yogi bekundet jeder 60 Ardie-Männer, daß er keinesfalls zwecks eines Seitensprunges in Reichenbach gewesen sei.

Aber als weitere Folge ergeben sich einschneidende Konsequenzen für die Motorfabrikation. Erstens kauft kein Motorradfahrer mehr ein Ardie-Rad, denn in diesen Dingen sind Männer abergläubisch.

Und zweitens wird überhaupt ein allgemeiner Vernichtungsfeldzug gegen Fabrikmarken an Kraftfahrzeugen einsetzen, um wenigstens in Zukunft die sportlichen Chancen nicht dadurch zu verringern, daß man im Seitensprung über eine Automarke stolpert.

Brandruinen stürzen ein

Stuttgart, 27. Dezember

Die Brandruinen des Alten Schlosses stürzten heute früh zwischen 5 und 6 Uhr unter furchtbarem Krachen ein. Nur die Außenmauern stehen noch. Der Reitaufgang, der bisher unversehrt geblieben war, wurde teilweise aufgerissen, und auch die Decken im oberen Teil des Aufgangs drohen einzustürzen.

Weihnachtsmär

Mariechen stand weinend im Zimmer,
Vom Christkinde war keine Spur.
Das Radio sandte Gewimmer,
Der Föhn brauste durch die Natur.
Beim Nachbar brannten die Lichter,
Es duftete schön nach Kaffee,
Dort gab es frohe Gesichter,
Mariechen tat's Herze so weh.

Den Vater hat Boreig entlassen,
Man hatte kein Brot mehr im Haus.
Geschlossen waren die Kassen,
Sie schaute zum Fenster hinaus:
Warum hat meine Puppe
Kein neues Kleidchen an?
Es gibt nur Kartoffelsuppe
Wo bleibt der Weihnachtsmann?

Da öffnet sich leise die Türe,
Die Nothilfe trippelt herein.
„Wo Not herrscht, komm' ich und führe
Zu Glück und Lichterschein.
Wieviel Geschwister hast Du?“
Mariechen schaut ganz stumm.
„Mein Vater ist ohne Arbeit!“
Da dreht sich die Nothilfe um.

„Da kann ich Dich nicht beglücken,
Du bist ja das einzige Kind.
Ich lasse mich dort nur blicken,
Wo noch zehn andere sind.“
Sie rümpft erhaben die Nase
Und schlägt die Tür ins Schloß.
Mariechen sitzt weinend im Zimmer
Ihr Schmerz ist riesengroß.

Da kommt die Mutter von draußen
Und nimmt ihr Kind auf den Arm:
„Uns hilft kein Gott und kein Teufel,
Wir sind nun einmal arm.
Sei still mein Kind und wachse,
Uns hilft kein Weihnachtsmann.
Bald zünden wir dem Erdball
Die Freudenlichter an.“

Karl Glas.

Schweres Autounglück

Vier Tote

Neumarkt (Niederschles.), 28. Dez.

Auf der Fahrt von Belkau nach Nimkau verlor der Führer eines mit acht Personen besetzten Autos, dessen Insassen von einem Reiterfest in Belkau heimkehrten, die Gewalt über den Wagen. Das Auto fuhr eine 4 Meter hohe Böschung hinunter und stürzte um. Vier der Insassen wurden getötet und zwei verletzt. Bei den Getöteten handelt es sich um den Kaufmann Suchantke aus Nimkau, der den Wagen steuerte, ferner den Straßenmeister Geide aus Nimkau, eine Frau Grosser aus Nimkau und eine Frau Weber aus Breslau.

50 Tote durch Schiffszusammenstoß

In den frühen Morgenstunden des Donnerstag stießen in der japanischen Inland-See zwei Küstenschiffe, die „Yae Yama Maru“ und die „Kansai Maru“ zusammen. Das erstere Schiff sank sofort und ging unter. 50 Passagiere sollen ertrunken sein.

Im großen **Konkursmassen-Ausverkauf** Krausenstr. 22/24 beginnen

die großen **von Resten in Wolle, Samt, Seide und**
Verkaufstage **Waschstoffen, Tüllen, Spitzen, Einsätzen** p.p.

zu **spottbilligen Preisen, am Dienstag, den 29. Dezember 1931, ab 10 Uhr**

Masken- und Karnevalstoffe: Serie 1: 0,20 M per mtr. Serie 2: 0,50 M. per mtr.

Masken- und Karnevalartikel noch billiger!

Der Konkursverwalter
Baudach.

Sportschau der SAZ

Von den Sportplätzen

Internationale Weihnachtsgäste

Freie Sportvereinigung Wattenscheid gegen Enschede (Holland) 2:2 (0:1)

Trotz schlechten Bodens zeigten beide Mannschaften ein technisch einwandfreies Spiel. Bis Halbzeit spielten die Holländer überlegen und gingen mit 1:0 in Führung. Kurz nach der Pause waren die Holländer nochmals erfolgreich. Dann kamen die Wattenscheider mehr auf und erzielten in kurzen Abständen den Ausgleich. Das Spiel hinterließ bei den 500 Zuschauern den besten Eindruck.

Fortuna-Osnabrück—Almelo (Holland) 3:2 (1:2)

Ein flottes und scharfes Spiel zeigten beide Mannschaften. Osnabrück hatte auf eigenem Platz viele Vorteile und wollte diese auszunutzen. Die Holländer waren ein gleichwertiger Gegner. Das Ergebnis hätte unentschieden heißen können. 300 Zuschauer waren begeistert.

Drei Spiele um die westdeutsche Fußballmeisterschaft

Der vorjährige Kreismeister von Rheinland-Westfalen Oberprockhövel schlug Gevelsberg erwartungsgemäß 3:1 (2:0) und ist damit Meister in der bergischen Gruppe geworden. Freie Turnerschaft Wanne konnte wider Erwartungen Preußen-Altenessen mit 3:2 (3:2) das Nachsehen geben und hat damit erstmalig den 13. Bezirk des 6. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund in die Meister-Endrunde gebracht. In dem dritten Spiel siegte Bochum-Hövel ganz unerwartet hoch mit 4:1 (2:1) über Bochum-West. Doch dürfte in der Ruhrgruppe die Entscheidung noch nicht gefallen sein, da von Bochum-West noch ein Protest vorliegt. In der Mittelrhein-Gruppe steht in Düren 09 der Meister fest.

Um die Meisterschaft von Kassel-Südhannover

Hersfeld zeigte ein ausgezeichnetes Spiel und enttäuschte nach der angenehmen Seite. Dennhausen zeigte nicht im entferntesten die Leistungen wie im Spiel gegen Göttingen. 4:1 für Hersfeld lautet das Ergebnis.

Städtewettkampf Nürnberg—Bayreuth

Dieses Städtespiel stand im Zeichen der Nothilfe für die Arbeiter-Wohlfahrt und endete 5:1 (3:0). Beide Mannschaften spielten vor 2000 Zuschauern auf der durchnähten Stadion-Kampfbahn einen vorzüglichen Fußball. Der Sieg der Nürnberger ist verdient, jedoch nicht in dieser Höhe. Bayreuth fand sich mit den Bodenverhältnissen schlechter zurecht und war vor dem Tore nicht entschlußkräftig genug.

Um die württembergische Meisterschaft

Trotzdem noch nicht entschieden ist, wer zu den letzten fünf Mannschaften gehört, die im engeren Wettbewerb den Meister ermitteln, fand unter den bereits feststehenden letzten Bewerbern das erste Kreismeisterschaftsspiel statt. Der vorjährige württembergische Meister Neckargartach gewann gegen den Schwarzwaldmeister Schwenningen in einem hartnäckigen Spiel erst nach Spielverlängerung mit 5:4.

Königsberg-Ponarth Fußball-Kreismeister in Ostpreußen

Für die Fußballmeisterschaft des 12. Kreises (Ostpreußen und Danzig) im Arbeiter-Turn- und Sportbund wurden folgende vier Bezirksmeister ermittelt: Freie Turnerschaft Danzig-Langfuhr, Freundschaft Elbing, Freier Fußballverein Königsberg-Ponarth und Turn- u. Sportverein Gumbinnen. Das erste Vorrundenspiel fand vor 1500 Zuschauern in Danzig statt. Es spielten Danzig und Elbing. Die Danziger siegten mit 5:1 (Halbzeit 1:0). Die Überlegenheit der Danziger war besonders in der zweiten Hälfte erdrückend. Das zweite Vorrundenspiel bestritten in Königsberg Königsberg-Ponarth und Gumbinnen. Die Königsberger siegten 5:2. Zum Endspiel in Königsberg waren auch etwa 1500 Zuschauer anwesend. Freie Turnerschaft Langfuhr mußte den Kreismeistertitel an Königsberg abgeben. Königsberg gewann das Endspiel mit 4:1 (Halbzeit 3:0). Die Spielstärke beider Mannschaften stand auf gleicher Stufe.

Die Vogtländischen Fußballer melden:

Durch den plötzlichen Witterungsumschlag waren an den Feiertagen die Fußballfelder in schlechter Verfassung. Alle hofften, daß die kleine Schneedecke, die vor den Feiertagen noch auf den Plätzen war, für ein schönes Fußballspiel die beste Gewähr bieten würde. Wenn auch das Programm nicht reichhaltig war, so waren doch die Spiele recht gute. Überwiegend haben es — wie schon des öfteren — die Vereinsberichtersteller auch an den Feiertagen für gut gehalten, die Resultate nicht zu melden. Darunter fallen die Spiele Elfeld—Falkenstein, Raschau-Eintracht, Dorfstadt—Rempegrün.

Wacker—Eiche 5. Abt. 3:3.
Auf vereistem Boden zeigten beide Elfs ein schünes und faires Spiel. Die Westleute zeig-

Die Weihnachtstage auf den Berliner Sportplätzen

Wenig, aber gute Fußballspiele — Prächtige Werbespiele der Arbeiter Hockeyer

Wie wir bereits in der Vorschau sagten, waren die Weihnachtstage nicht besonders reich an Mannschaftstreffen. Die interessantesten Spiel waren zweifellos die des Sonntags. In der Kreisklasse standen sich Adler 08 und Weißensee gegenüber. Was man vorausgehen hatte, trat ein: es war eine überlegene Sache der Adlermannschaft, die nun endlich aus der Reserve herauszugehen scheint.

Am zweiten Feiertag spielte Vorwärts-Wedding in einem Freundschaftsspiel gegen Eintracht-Reinickendorf. Es war ein in jeder Beziehung werbendes Spiel. Das Resultat 4:4 (2:4) erklärt sich daraus, daß Eintracht seine besten Spieler für das Ausscheidungsspiel in der Kreisklasse am 3. Januar schonte. Die Sekundärmannschaften beider Vereine trennten sich mit einem Resultat von 1:3 für Eintracht. — Union-Tempelhof gewann am Sonntag gegen ASV. Schöneberg mit 2:0 (1:0).

Saxonia I—FTGB. Osten 4:3 (1:1)

Osten, ein fairer und auch spielerisch guter Gegner, ging schon nach wenigen Minuten durch einen Fehler der sonst tadellosen Verteidigung Saxonias in Führung. Saxonias Läuferreihe führte dann aber ihren Sturm immer wieder nach vorn und erzwang eine klare Überlegenheit, die sich aber nur durch ein Tor ausdrückte. Ostens hervorragender Torsteher hält dabei die unmöglichsten Schüsse, kann aber später von den drei Nachpausentoren keins verhindern. Als es schon 4:1 für Saxonia steht, verschenkt Saxonia einen Handelfmeter. Im Glauben des sicheren Sieges läßt Saxonia jetzt nach. Dadurch gelingt es dem flinken Oststurm, durch einen verwandelten Elfmeter noch ein Tor aufzuholen.

Adler 08—Saxonia II 3:1

Saxonia war leicht überlegen, aber Adler schoß die Tore. Ein schöner Schuß des Mittelläufers bringt die Adlerleute in Führung. Die Saxonialeute sind meistens in des Gegners Tornähe, aber Schußpech und Unfähigkeit des Sturms helfen Adler über alle gefährlichen Situationen hinweg. Die Pankower dagegen können noch vor der Pause ausgleichen und erzielen nach Halbzeit in regelmäßigen Abständen zwei weitere Tore, die die zu weit aufgegebene Verteidigung von Saxonia auf dem Gewissen hat. Das Spiel wurde von beiden Seiten ruhig und fair ausgetragen.

Die Auswahlmannschaften der Odergruppe spielen unentschieden 5:5 (4:1)

Die B-Mannschaft spielt gegen den Wind, verlegt aber trotzdem das Spiel in A's Hälfte. A kann durch gute schnelle Durchbrüche das B-Tor oftmals in Gefahr bringen. Bei einem Durchbruch wird der linke Verteidiger von B an der Hand angeschossen. Der Elfmeter wird verwandelt. B wird noch schneller und versucht mit allen Kräften, einen Ausgleich zu erzwingen, was auch bald gelingt. Der Kampf spielt sich jetzt hauptsächlich in A's Hälfte ab. Ein weiterer Durchbruch A's bringt aus klarer Absichtsstellung ein zweites Tor. Ein weiteres, drittes, für A war ebenfalls zu verhindern. Die Taktik der B-Verteidigung, den gegnerischen Sturm abseits zu stellen, wurde von dem Schiedsrichter leider nicht erkannt, was dazu führte, daß A das vierte Tor wiederum aus Absichtsstellung erzielt. Nach Halbzeit drückt B so stark, daß A zeitweise mit fünf Mann verteidigen muß. Es gelingt dann B auch durch gute Aufbauarbeit der Läuferreihe, innerhalb kurzem den Gleichstand von 4:4 zu erzielen. A spielt etwas härter und erzwingt, begünstigt durch etwas

ten einen wirklich erstklassigen Fußball und zwingen die Wackeraner zur Hergabe ihres ganzen Könnens. — Auerbach—Rempegrün 1:4. Trotz der schlechten Bodenverhältnisse wurde ein schönes flaches Spiel gezeigt. Der Platzbesitzer, der den größten Teil der ersten Hälfte des Spieles mit nur 9 Genossen durchführte, konnte nicht verhindern, daß Rempegrün schon nach kurzer Zeit mit zwei Toren in Führung lag. Auerbach stand den Gästen spielerisch nicht nach, nur durch allzu großes Pech verloren sie dieses Spiel. — Kleinfriesen gegen Treuen. Treuen trat nicht an. — Auerbach—Rodewisch 8:2. Das Spiel wurde auf völlig aufgeweichtem Boden durchgeführt. Ganz so schlecht, wie das Resultat erscheinen läßt, war Rodewisch keinesfalls. Nur fehlte dem Sturm die nötige Schußsicherheit. — Rebesgrün—Elfeld 2:4. Die Vorschau hatte recht behalten, indem sie Elfeld als Sieger erwartete. Für Rebesgrün war es wieder ein Großkampf. Bei etwas mehr Schußglück hätte Rebesgrün bestimmt ein Remis herausgebracht.

2. Klasse
Rebesgrün—Elfeld 2:3. Die Gäste warteten mit einem flotten und scharfen Tempo auf. — Auerbach—Rodewisch 2:4. Mit diesem Resultat hatte man im voraus nicht gerechnet. Auerbach spielte etwas zerfahren und dazu kam noch, daß sie mit einer Lustlosigkeit das Spiel durchführten. — Kleinfriesen—Gefell 11:6. Es war im voraus zu sehen, daß die Gäste verlieren würden, aber mit einem derartigen Resultat hatte man nicht gerechnet. Eintracht—Ruppertsgrün 10:3. Was man erwartet hat, ist eingetreten. — Wacker—Eiche 5. Abt. 4:0. Gegen die Wackerer konnte sich der Gast nie richtig durchsetzen, das

lustlose Verteidigung der Gegenseite, ein fünftes Tor. A's Verteidigung versucht nun durch dauerndes Auslassen des Balles das Resultat zu halten. Zwei weitere Tore für B werden vom Schiedsrichter nicht gewertet. Dann aber kam kurz vor dem Schlußpfiff der Ausgleich für B.

Glänzender Verlauf der Hockey-Werbespiele

Die Hockeyspieler des I. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sport-Bund hatten mit dem Wetter viel Glück. Nach den reichlichen Niederschlägen der letzten drei Tage sorgte ein heftiger Nordostwind für trockenen Spielboden und einwandfreie Spielmöglichkeit. Das Jugendspiel zwischen dem Arbeitersportverein Rot-Weiß und Tennis-Rot, Groß-Berlin, endete 2:1. Die Jugend Rot-Weiß zeigte sich eingespielter und waren den Tennisspielern stets etwas voraus. Im folgenden

Frauenspiel siegte Nord gegen Süd ebenfalls mit 2:1.

Die Mannschaft des Nordvereins war von Beginn an stets etwas überlegen und hatte besonders in der Mittelstürmerin eine kraftvolle Schützin. Im allgemeinen machte sich gute Spielauffassung und Ballführung erfreulich bemerkbar. Hervorzuheben ist noch die sichere Abwehrarbeit beider Verteidigerpaare und die einwandfreie Schiedsrichterleistung zweier Frauen.

Im Hauptspiel der Männer siegte der Westen gegen Osten mit 1:0. Bei im allgemeinen verteiltem Spiel zeigte sich der Westen infolge größerer Durchschlagskraft im Sturm erfolgreicher. Der beste Mannschaftsteil auf beiden Seiten waren die Verteidigerpaare einschließlich der Torwächter, was auch das überaus knappe Resultat verständlich erscheinen läßt. In der Vorpausenzeit zeigte der Osten den besseren Spielaufbau. Insbesondere war es der Mittelstürmer, der seine Mitspieler durch gute Vorlagen auf freiem Raum richtig ins Spiel brachte. Aber im Ausnutzen der Torchüsse mangelte es. Merkwürdigerweise fiel gerade in dieser ihrer stärksten Zeit das einzige Tor des Tages, und zwar infolge Wiederholung eines anfangs gut abgewehrten Schusses. In der zweiten Spielhälfte zeigte der Weststurm die bessere Leistung. Daß er nichts mehr erreichte, war Schuld des Mittelstürmers, welcher allzu viel hing und dann nicht rechtzeitig genug wieder an seinem Platze war. Das Spiel war durchweg sehr flott und wurde von beiden Seiten in gesteigertem Tempo gut durchgeführt.

Handball an den Feiertagen

In der 1. Klasse spielte die FT. Henningsdorf sehr unglücklich. Mit aller Mühe erreichte die Mannschaft gegen die FT. Velten ein 2:2-Resultat. Hätte Velten den 13 m-Wurf richtig ausgenutzt, so hätten sie gewonnen müssen. Im Rückspiel konnte sich die FTGB.-Nördring gegen den Volkssport Wedding 2 für die seinerzeit erlittene Niederlage mit 6:3 (2:3) revanchieren. Im Anfang sah es wieder nach einem Sieg für Wedding aus, denn es dauerte gar nicht lange, und Nördring lag mit 3:0 im Nachteil. Systematischer Spielaufbau brachte Nördring bis auf 3:2 heran. Nach der Pause entwickelte sich Nördring unter Beihilfe des Windes bedeutend besser. Die mit Elan durchgeführten Vorstöße brachten dann noch 4 Erfolge. Zum Schluß fiel Wedding dem flotten Tempo merklich zum Opfer. — Die übrigen angesetzten Spiele kamen zum übergroßen Teil infolge der schlechten, wenig spielfähigen Plätze nicht zur Durchführung.

Ehrentor hätten sie aber verdient. — Auerbach—Rempegrün 0:5. Auerbach konnte zwar des öfteren gefährlich vor R.s Tor werden, aber zu einem Erfolg langte es gegenüber dem ausgezeichneten Gegner nicht.

Weitere Ergebnisse aus Sachsen

Fußball

Bezirk Dresden:

Helios—Radeberg 3:1, Neustadt—Fortschritt 4:1, Pieschen—Potschappel 6:5, DBV 15—Zschachwitz 13:2, Helios—Eintracht 4:0, Heidenau—Meißen 4:3, Sörnnewitz—Radebeul 2:4, Radeberg—Ottendorf 5:4, Neustadt—Friedrichstadt 4:3, Deuben—Rabenau 4:3.

Bezirk Mittweida-Döbeln:

Helvetia-Böhringen—Waldheim 8:4, Rasensport-Döbeln—Cotta 8:1, Jahn-Mittweida—Zschopau 7:1.

Bezirk Zwickau:

Niederhafflau—Mittelbach 6:5, Planitz—Cainsdorf 2:6, Zwickau-Süd—Oberhohndorf 9:1, Marienthal—Werdau 5:0, Cainsdorf—Viellau 6:2, Neukirchen—Zwickau 1:1, Niederhafflau—Wilkau 6:1, Reichenbach—Pegau 2:4, Zwickau-Süd—Marienthal 6:1, Oberhohndorf—Mylan 7:0.

Bezirk Burgstädt-Limbach:

Freiheit-Taura—Sachsen 3:3, Eintracht-Herrenheide—Glöse 3:4, Lunzenau—Vorwärts-Wechselburg 3:1.

Im Bezirk Leipzig

spielten vor 3000 Zuschauern die Auswahlmannschaften der I. Klasse Stadt—Land zu-

gunsten der Winterhilfe 2:3 und die Auswahlmannschaften der II. Klasse Stadt—Land 4:4, Sportlust 09—Freiheit-Taura 1:7, Südost-Vorwärts-West 2:4, Sportklub Ost—Wahren 2:0, ASK Grimm—Schönefeld 3:0, Viktoria 06—Böhligt-Ehrenberg 1:6, Schönau—Fußballring 3:4, Paunsdorf—Thekla 5:1, Schönefeld 03—Holzhausen 1:2, Sportlust 09—Ostvorstadt 3:4, Vorwärts-West—Südwest 1:4, Wahren—Viktoria 06 2:1, Eythra—Friese-Altenburg 5:0, Thekla—Taucha 4:1, Amateure—Freiheit-Taura 1:7.

Die sonstigen Sportergebnisse

Nürnberg Gostenhof—VfL. Frankfurt am Main in Nürnberg 5:3; Homburg—Pforzheim 3:1; Grossenritte—Pforzheim 1:2 (wegen Regen abgebrochen); Eintracht Kassel—Pforzheim 6:1; Rommelsbach—Sportfreunde Augsburg 3:4; Michelstadt—Sportfr. Augsburg 5:3; Plietzhausen gegen Sportfr. Augsburg 4:7; Feuerbach—Turngemeinde Augsburg 1:4; Hedelfingen—Schrammberg 10:14; Botnang—Schrammberg 5:1.

Handball-Städtespiel Stuttgart—Holzheim. Im Städtespiel Stuttgart—Holzheim gewann Stuttgart sicher mit 8:3.

Schwerer Unfall bei bürgerlichem Fußballspiel

Berlin, 28. Dezember

Auf dem Hertha-Platz ereignete sich bei einem Kurzspiel zwischen Viktoria 89 und BSV ein schwerer Unfall. Viktorias Mittelläufer Karl Schulz, ein alter Repräsentativer in der Berliner Städtemannschaft, prallte mit einem Partner so unglücklich zusammen, daß man ihn mit einem Schienbeinbruch und einer gebrochenen Wade vom Platz tragen mußte. Der gegnerische Torwart wurde von dem Anblick seines sich am Boden windenden Kameraden so erschüttert, daß auch er den Platz mitten im Spiel verlassen mußte.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Rad- u. Kraftfahrerbund „Solidarität“, Ortsgruppe Breslau

Jugendabteilung. Heute, 20 Uhr, im Heim Nord, Mehlkasseler Ecke Paulinestr. Rückblick auf das Jahr 1931. Abteilung Friedewalde. Am 2. Januar 1932, bei Koschel, Hundsfelder Straße, Abteilungsabend.

Päpstlicher als der Papst

Wie SAP-Sportfunktionäre „abgedreht“ werden sollen

Auch in der Oberlausitz hat sich die Anhängererschaft der SAP sehr verstärkt. Daß sich darunter auch eine größere Zahl rühriger Vereins-, Gruppen- und Bezirksfunktionäre befinden ist schließlich keine zufällige Erscheinung, sondern auch eine Folge der Politik der SPD.

Nun müßte man annehmen, daß dies auf die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung keinen Einfluß haben darf. Und wer die Genossen kennt, weiß auch, daß kein einziger von ihnen daran denkt, an dem Bestand der Organisation auch nur zu rütteln. Mit aller Energie werden diese Genossen auch weiterhin für die Einheit des 4. Bezirks arbeiten.

Allerdings werden diese Genossen nicht zulassen, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund in das Schlepptau der SPD kommen wird. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeitersportorganisationen ein Glied in der Klassenkampflinie sein müssen.

Wesentlich anders über diese Frage scheinen allerdings Genossen aus der Bezirksleitung zu denken. Der langjährige Bezirksfunktionär Genosse Zentsch (Leutersdorf) war immer ein guter Funktionär und hat wesentlich zum Ausbau des Berichterstatterwesens sowie des Wintersports beigetragen. Nun hat der Genosse Zentsch im rein persönlichen Kreise einmal geäußert, daß er sich mit dem Gedanken trage, der SAP beizutreten. Dies scheint aber nach der Ansicht verschiedener Funktionäre strafbar zu sein. Man höre. Am 28. November fand der Bezirkstag der Handballspieler statt. Bis zum Punkt Neuwahlen verlief die Tagung in einwandfreier Harmonie. Bei der Wahl des Presseobmannes erklärte der als Gast anwesende Bezirksvorsitzende Genosse Helmert mit Pathos: „Genossen, Handballspieler, ich mache Euch darauf aufmerksam, daß der Genosse Zentsch der SAP angehört. Ich bitte, die Wahl des Presseobmannes nicht vorzunehmen!“ Was war beabsichtigt? Weil ein Genosse nur den Gedanken gehegt hatte, zur SAP zu gehen, ist er nicht mehr fähig, Bezirksfunktionen zu bekleiden.

Genossen, aus diesen Winkel weht also der Wind. Genosse Helmert scheint gar nicht zu wissen, daß die Mitgliedschaft zur SAP durchaus nicht unvereinbar ist mit der zum A. T. u. Sp. Bd. Es besteht lediglich ein Beschluß, daß keine Propaganda für politische Parteien, also logischerweise auch nicht für die SPD, im Bunde gemacht werden darf. Wer den Genossen Zentsch kennt wird wissen, mit welcher Kraft und mit welcher Energie er die Spaltungen der KPD in den Sportorganisationen abgewehrt hat.

In diesem Falle waren die Handballspieler vernünftiger als der überfrühe Funktionär Helmert. Genosse Zentsch wurde wieder zum Berichterstatterobmann gewählt, und die Handballspieler stehen auch weiter hinter ihm. Unseren Sportgenossen sei aber dringend geraten, anderen Helmerts keinerlei Handhaben zu bieten dafür, Genossen, die sich dadurch unterscheiden, daß sie nicht Heilslehren „von oben“ einfach nachbeten, sondern selbst noch denken — und auch kämpfen können, auf billige Weise loszuwerden. H.

Frankfurt a. Main

Frauen in Not! Im Hause Neue Mainzer Straße 77 wird zur Zeit eine Ausstellung von Zeichnungen und Gemälden gezeigt, betitelt „Frauen in Not!“ Als Veranstalterin zeichnet eine kommunistische Frauenzeitschrift. Was hier gezeigt wird, ist nicht jene beziehungslose Kunst, die dem Aestheten vorschwebt, der über die harten sozialen Tatsachen hinweg sieht. Hier wird die Kunst zur Waffe im sozialen Emanzipationskampf der Frau. Hier wird das Bild bewußt in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt. Es wird dem ungehaltenen Besucher dieser Ausstellung ohne Aufdringlichkeit klar gemacht: das Schicksal der Frau ist einbezogen in das Schicksal der proletarischen Klasse; die Frau wird ausgebeutet, unterdrückt, ihr Körper ruiniert, sie wird zur Dirne herabgedrückt, durch den Gesetzgeber zur Gebärmachine gestempelt, so lange wir in einer Gesellschaftsordnung leben, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basiert. Es berührt wohlthuend, daß man von allem absah, was nach Uebertreibung schmeckt: von der heroisierenden Darstellung der Armut wie auch von dem Lächerlichmachen des Reichen. Wo Gegensätze herausgearbeitet werden, geschieht das in dezenter Form. Diese Frauen, Kinder und Familien, die uns die Künstler nahebringen, würden bestimmt in keinem bürgerlichen Magazin Revue passieren können. In „Wege zu Kraft und Schönheit“ hätten sie keinen Platz. Das sind auch alles nicht die Menschen, wie wir sie von unseren Plakaten zum 1. Mai usw. her kennen, kraftvoll, mit breiter Brust und trotzigem Gesichtsausdruck. Ach nein, die Menschen, deren Nöte hier künstlerisch gestaltet werden, sind arme, gequälte und zerschlagene Kreaturen, die die Sorge gepackt hat und nicht mehr losläßt. Frauen, Kinder, Männer, gezeichnet vom tausendfältigen Leid, oft genug in Körperlichkeit häßlich, degeneriert. Aber es ist das Proletariat unserer Tage, immer mehr dem Elend verfallend. Es sind die Mütter, die kaum ein Kind erhalten, schon ein zweites erwarten und dabei kein Stückchen Brot im Hause haben, nichts zu reißen und zu beißen. Es sind die Mütter, die nicht mit Freuden ihr Kind erwarten, sondern mit hoffnungslos müdem Blick alles über sich ergehen lassen. Man sieht die Frau im Beruf; als unterwürfiges Dienstmädchen, in der Fabrik, an der Schreibmaschine, als Prostituierte mit zu recht geschminktem Gesicht und Hängebrüsten. Den Paragraphen 218 und seine Auswirkungen haben eine Reihe von Künstlern zum Gegenstand ihrer Darstellung genommen. Erschütternd wirkt ein Kinderbildnis „Fiebertraum“. Ein abgemagertes, krankes Kind in einem Korb, wie man ihn zum Transport von Äpfeln usw. benutzt, sieht im Traum Puppen und schöne Kleider. — Die Ausstellung ist eine einzige wuchtige Anklage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Manchem Staatsanwalt und anderen Befürwortern des Paragraphen 218 möchte man den Besuch der Veranstaltung empfehlen. Gewissermaßen einen Ausblick in soziales Neuland stellt das Zahlen- und Bildmaterial aus Sowjetrußland dar. Gezeigt wird, wie die Frau wirtschaftlich selbständig und damit frei wird von der Männerherrschaft. Gezeigt wird, welche Fürsorge man in Rußland der schwangeren Frau angedeihen läßt. Wir raten jeder Genossin und jedem Genossen, die Ausstellung zu besuchen. Eintritt für Mitglieder proletarischer Organisationen 0,30 RM., für Arbeitslose 0,10 RM.

Die Freie Turnerschaft Nord veranstaltete im Hippodrom ihr diesjähriges Weihnachtsfest. Der Riesensaal war voll wie eine Wursthaut, die Veranstaltung schmissig aufgezo-gen, Tempo von Anfang bis zu Ende, keine langweilige Minute, kein schwacher Punkt. Alle Darbietungen, angefangen von denen der Kinder bis zu den Vorführungen des Bewegungschors, weckten begeisterten Beifall. Was soll man aus der Fülle des Geschautes hervorheben? Etwa die halsbrecherischen Sprünge und Schwingen der Turner, die Parterreakrobatik der Flachturner, die Tanzspiele der Sportgenossinnen oder die Revue der Kleinsten? Die sportlichen Darbietungen bildeten an diesem Abend mehr das Beiwerk. Die Veranstaltung erhielt ihr eigentliches Gepräge durch die roten Revuen „Rote Rebellen“, „Funktürme sprechen“, „Wir bauen eine neue Welt“ und „Arbeitermarsch“. Das war ein einziges Bekenntnis zum Klassenkampf, ein Mahnen und Fordern: Rüstet zum Kampf! Haltet euch bereit! Musik und Gebärdenpiel der Darstellenden unterstrichen vortrefflich das gesprochene Wort. Das war kein Spiel mehr, das war Bekenntnis. Die Seele des ganzen war der Genosse Zimmermann. Er gab dem Bewegungschor das einheitliche Gepräge.

Schutzmaßnahmen der Stadt Frankfurt gegen Feuergefahr. Der Brand des Stuttgarter Schlosses ist der hiesigen städtischen Behörde mächtig in die Knochen gefahren. Um ähnlichen Vorkommnissen in Frankfurt a. M. vorzubeugen, sollen alle die Gebäude speziell gesichert werden, die in besonderer Maße durch einen Brand gefährdet scheinen. Das betrifft vor allem ältere Gebäude, wie das Historische Museum, den Römer, das Karmeliterkloster, die städtischen Bühnen usw. Man hat vor, ein Umschgreifen eines ausbrechenden Brandes durch feuerfeste Trennungsmauern zu verhindern. Weiterhin soll eine genaue Kontrolle stattfinden über die Art und Weise, in der diese Räumlichkeiten benützt werden. In diesen alten Baulichkeiten gibt es so viel ausgetrocknete Balken und Treppen, daß ein ausbrechendes Feuer sich in Kürze ausbreiten könnte. Eine solche Kontrolle ist jedoch nur bei den städtischen Gebäuden möglich. Die Stadt hat keinen Einfluß auf den privaten Hausbesitz. Besonders gefährdet ist die Altstadt. Haus steht neben Haus. Die

„Lohnbewegung“ der Bürgermeister

Laut Pressenotiz, die Anfang Oktober durch alle Zeitungen lief, setzte das Staatsministerium des Innern die Besoldung der Bürgermeister der Städte in gestaffelter Form, d. h. je nach der Einwohnerzahl, fest, so daß für Frankenthal der erste Bürgermeister ein Gehalt von 13 000 M. und der zweite Bürgermeister ein solches von 9600 M. zu beziehen hätte. Wie wir nun in Erfahrung brachten, soll sich in Frankenthal die Neuregelung auf folgende Art gestalten: Das Gehalt des Oberbürgermeisters soll sich nunmehr auf ca. 16 000 M. jährlich belaufen, das Gehalt des zweiten Bürgermeisters (Sozialdemokrat) soll ungefähr 12 500 M. betragen. In einer Vorverhandlung soll, wie wir hörten, die SPD-Fraktion in voller Bemahnung den seitherigen Bezügen zusätzlich einer Aufwandsentschädigung von 1000 M. pro Jahr und Bürgermeister ihre Zustimmung gegeben haben. Dies mit den Bürgerlichen, gegen die Stimme des SAP-Vertreters. In demselben Stimmverhältnis soll ein von der SAP eingebrachter Antrag, der die völlige Streichung der Aufwandsentschädigung und ein Höchstgehalt von 8000 M. verlangte, abgelehnt werden sein. Wie nun weiter in die Öffentlichkeit durchgesickert ist, soll sich bei der Hauptentscheidung in dieser Frage die Abstimmung der SPD-Fraktion äußerst kurios ausgefallen haben. Dem früher zugestimmten Antrag des Bürgermeisters, der besagt, daß für beide Bürgermeister eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1000 M. gegeben werden soll, lehnte nun die SPD-Fraktion ab. In einem weiteren Antrag soll ein Bürgerlicher einen Vermittlungsantrag eingebracht haben, der 500 M. Aufwandsentschädigung gewährte. Auch dieser Antrag soll mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden sein. Sich ihres Klassenkampfes offenbar bewußt

Engen in den Gassen und Gäßchen der Altstadt ist für die Ausbreitung eines Riesenbrandes besonders günstig. Bisher gelang es, in der Altstadt ausbrechende Brände zu lokalisieren. Künftighin soll außer der Feuerwache Münzgasse noch ein weiterer Feuerwehrzug in Aktion treten. Die Maßnahmen zur Verhütung von Bränden sollen besser ausgebaut werden.

Kurzarbeit bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse? Vorstand und Betriebsvertretung der Allgemeinen Ortskrankenkasse verhandeln zur Zeit über die künftige Regelung der Arbeitszeit. Um Entlassungen zu verhindern, soll künftighin kurzgearbeitet werden.

Frankenthal

Wieder ein Schritt vorwärts. Die ganze politische Situation drängte unsere Parteiorganisation dazu, in einem kleinen Mitteilungsblatt an noch mehr Arbeiter heranzukommen, denen es unmöglich ist, ein festes Blatt zu abonnieren. In diesen Tagen wird nun der „Rote Pionier“ in die Arbeiteröffentlichkeit hinausdringen. Die lokalkritisch gehaltenen Berichte, die die hiesige Arbeiterschaft sehr stark interessieren, sollen neben der stetigen Herausarbeitung unseres grundsätzlichen Standpunktes zu den schwebenden allgemein interessierenden Tatsachen die lokalen Fragen, soweit sie die Arbeiterschaft besonders berühren, in dem „Roten Pionier“ gebracht werden. Die erste Nummer bringt ein Geleitwort, einen grundsätzlichen Artikel „Der Weg der SAP“, politische Glossen, Lohnbewegung der Bürgermeister, Protest gegen den „freiwilligen“ Arbeitsdienst, Antwort an den „Roten Boten“ und „Der Arbeitslose“. Diese Einführungsnummer umfaßt 6 engbeschriebene Schreibmaschinenseiten. Der „Rote Pionier“ ist für 5 Pfennig von allen unseren Vertrauensleuten zu beziehen.

Die arbeitende Jugend protestiert gegen den „freiwilligen“ Arbeitsdienst. Da die Erstellung des Schwimmbades auf der Grundlage des reaktionären freiwilligen Arbeitsdienstes unter den jungen Arbeitern in Frankenthal eine leidenschaftliche Diskussion ausgelöst hat, hat in lobenswerter Erfassung des gegebenen Moments das proletarische Jugendkartell zur Klärung dieser brennenden Frage eine Versammlung einberufen. Nach einem Referat des Arbeitersportkartellvorsitzenden und einer darauf folgenden stürmischen Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen und den zuständigen Stellen überwiesen: „Die heute am 2. Dezember 1931 im Freien Turnerheim versammelte proletarische Jugend Frankenthals erhebt schärfsten Protest gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes anläßlich der Erbauung des Schwimmbades. Die Jugend erklärt, daß sie nicht gewillt ist, unter menschenunwürdigen, allen gewerkschaftlichen Grundsätzen widersprechenden Bedingungen zu arbeiten. Die proletarische Jugend sieht im freiwilligen Arbeitsdienst die Vorstufe zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, welche die arbeitende Jugend in noch weit schlimmerem Maße der rücksichtslosen Ausbeutung preisgeben soll. Sie fordert deshalb tarifmäßige Entlohnung, sechsstündige Arbeitszeit und die für Erarbeiten notwendige Arbeitskleidung. Nur unter letztgenannten Bedingungen ist die proletarische Jugend gewillt, an der Erbauung des Schwimmbades mitzuarbeiten. Die proletarische Jugend sagt allen den genannten Grundsätzen zuwiderlaufenden Bestrebungen schärfsten Kampf an.“ Vertreten waren die Mitglieder folgender Organisationen: Sozialistische Arbeiterjugend, Sozialistischer Jugendverband, Kommunistische Jugend, die Jugendmitglieder der freien Gewerkschaften, die Jugendgruppe der ver-

werdend, soll nun die SPD-Fraktion im Gegensatz zur allerersten Abstimmung in einem dritten Antrag die Streichung der Aufwandsentschädigung den Bürgerlichen präsentiert haben, was aber keine Gegenliebe bei den anderen Parteien gefunden haben soll. Die Klassenfronten waren scheinbar in unverkennbarer Kraft aufgewiesen. Doch nach einigen ratlosen Minuten des Hauses soll die SPD-Fraktion einem bürgerlichen Antrag in gespaltem Vorgehen zugestimmt haben, den den beiden Bürgermeistern nun endgültig außer den eingangs erwähnten hohen Gehältern eine „Aufwandsentschädigung“ von je 500 M. zuspricht. Vor der SPD-Fraktion soll die eine Hälfte dafür, die andere Hälfte dagegen gewesen sein. Diese entscheidende Sitzung tagte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Vor einige Tagen hat die biedere „Pfälzische Post“ in demagogischer Gerissenheit „zwei Seelen in der Brust der SAP“ konstruiert. Wenn diese Tatsachen nicht trügen, dann vermaßen wir, daß logischerweise die SPD-Fraktion in falscher Konsequenz ein Herz und eine Seele in politischen Entscheidungen für sich in Anspruch nimmt. Die Arbeiterschaft muß es höchst bedenklich finden, wenn eine „innerlich gefestigte“ Partei in sozialen Grundfragen vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet einen getrennten Weg beschreitet.

Im übrigen beweist der ganze Vorgang, wie die Verordnungen bei den oberen Beamten gemeint sind. Hier bewegt sich der „Abbau“ in schonungs-voller Weise und mit vielem „strategischen“ Hin und Her, während er bei den unteren Beamten und bei den Gemeinde-Arbeitern sich in rücksichtslosen Kürzungsmaßnahmen auswirkt.

einigten Freien Turnerschaft, Jugendgruppe der Naturfreunde, Jugendgruppe des Rasen- und Wassersportvereins. — Jugendliche Arbeiter, nehmt euch ein Beispiel an dem zielklaren Willen der jugendlichen Genossen obiger Verbände! Reiht euch restlos ein in die proletarische Abwehrfront!

Groß-Wiesbaden

Wir stimmen zu! Die SAP Wiesbaden hat folgende Entschlußfassung gefaßt: „Wir begrüßen die Kampfesresolution der Allgemeinen Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin, und sehen in dem dort entwickelten Aktionsprogramm den ersten konkreten Schritt zur Bildung der Abwehrfront gegen den Faschismus. Auch wir erblicken unsere Aufgabe darin, die außerparlamentarische Wehrfähigkeit des Proletariats zu stärken und der Arbeiterschaft alle Illusionen über parlamentarische Wirkungsmöglichkeiten zu nehmen. Gerade die Kämpfe des Proletariats in Spanien zeigen uns die Wirksamkeit der stärksten Waffe in der Hand der Arbeiter, des Streiks. Die deutsche Arbeiterschaft wieder reif zu machen zur Handhabung der außerparlamentarischen Waffen, durch die Schaffung der revolutionären Einheitsfront die Vorbedingung wieder herzustellen für einen Generalstreik zur Abwehr der Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie, diesem Streben gilt auch unsere Arbeit und unser Kampf.“

Köln

Es wird mehr Freude sein im Himmel über einen reuigen Sünder als über tausend Gerechte... Die „Rheinische Zeitung“ berichtet auf der Titelseite in Fettdruck, daß zwei Genossen, die aus der SPD ausgetreten waren, in Anbetracht der ersten Zeit zurückgekehrt seien. Die „Rheinische Zeitung“ versucht den Anschein zu erwecken, als handle es sich um SAP-Mitglieder. Im Gegensatz zu der marktschreierischen Aufmachung dieses welterschütternden Ereignisses, daß die SPD Großköln zwei Mitglieder gewonnen hat, steht die sonderbare Bescheidenheit der „Rh. Ztg.“; die Namen dieser Genossen nur durch Anfangsbuchstaben anzudeuten. Wir stellen gegenüber der Mitteilung der „Rh. Ztg.“ fest: 1. kein einziger Genosse der SAP hat daran gedacht, in die SPD zurückzukehren; 2. die beiden reuig zurückgekehrten sind frühere SPD-Mitglieder, die nie der SAP angehört. Wenn wir, wie die „Rh. Ztg.“ dazu übergehen wollten, alle Uebertritte in der Presse zu registrieren, so müßten wir dafür Extrablätter herausgeben.

Die SPD-Presse zum Bremer Prozeß. Die „Rheinische Zeitung“, deren Chefredakteur bekanntlich W. Sollmann ist, benutzt das Bremer Tendenzurteil, um der SAP einen Fußtritt zu versetzen. Die Genossen des Schutzbundes, die ja immerhin dem Reichsbanner zu Hilfe kamen, werden als die „Spalter“ bezeichnet. Wenn es auch für ein Mitglied der SAP nur eine Ehre bedeuten kann, von den im SPD-Partei- und Fraktionsvorstand vereinigten Ärzten des erkrankten Kapitalismus als „Spalter“ bezeichnet zu werden, so ist die Absicht, unsere Parteigenossen verächtlich zu machen, nur zu deutlich. Es fällt wirklich schwer, Genosse Sollmann, noch an irgendeine gute Absicht zu glauben. In dem Augenblick, wo sich Schutzbund und Reichsbanner zusammen eines Naziüberfalles erwehren, hat also die SPD nichts besseres zu tun, als Klassengenossen zu beschimpfen. Es ist wirklich nicht damit getan, wenn Sie, Genosse Sollmann, privat als Biedermann auftreten und SAP-Genossen auf-fordern, wieder in die SPD zurückzukehren, weil Sie dann mit eintreten würden für Par-

teidemokratie und Meinungsfreiheit. Sorgen Sie zunächst in ihrer Zeitung und im Sozialdemokratischen Pressedienst, auf den Sie ja auch nicht ganz ohne Einfluß sind, für Sachlichkeit und Anstand. Sie werden dann nicht nur für die Einheit der SPD — um die es in der heutigen Situation nicht mehr geht — etwas getan haben, sondern Sie werden die Verständigung in der Arbeiterschaft überhaupt gefördert haben.

Wesel

Ruhe im Rathaus. Die Kritik, mit der unser Genosse Schmitz im Frühjahr in der örtlichen Presse einsetzte, hatte begeleiteten Widerhall gefunden. Die Kritik an den Zuständen der Volksschulen war der Stadtverwaltung besonders unangenehm. Das Interesse der Arbeiterschaft für die Kommunalpolitik wuchs. Die Neuwahlen des Bürgermeisters und der Beigeordneten mußten vorgenommen werden. Wie vorausgesehen war, hatte die Einigung hinter den Kulissen bereits stattgefunden. Zum Schaden der SPD-Führer und der Bürgerchaft wollte man die Personalunion beibehalten. Die Einladung an den Fraktionsführer und den Beigeordneten war nur formell und eine Täuschung der Bürgerschaft. Charakteristisch war, daß die Genossen Spindler und Leßmann, ohne die Fraktion oder den Parteivorstand zu fragen, auf eigene Faust verhandelten. Trotzdem die Schlacht für sie schon verloren war, wählten sie sich selber in den Wahlvorbereitungsausschuß. Erst jetzt, nachdem sie erkannten, daß die beiden Präsidenten des Schützenvereins den Laden geschmissen hatten, waren sie begeleitet von dem Sparvorschlag des Genossen Schmitz. Dieser Vorschlag, der eine Neuregelung der Gehälter für die leitenden Beamten und einen Abbau der Beigeordneten vor sah, schlug wie eine Bombe in die Stadtverordnetenversammlung und jagte den bürgerlichen Partein einen Schrecken ein. Erfolg: ein Beigeordneter und der Betriebsdirektor wurde eingespart und, auf Antrag des Genossen Schmitz, für den Bürgermeister die persönlichen Zulagen gestrichen und alle Nebeneinnahmen der Kommunalkasse zugeführt. Der Sparvorschlag, der eine Einsparung von 35 000 Mark vorsah, verschaffte der Partei den erforderlichen Kampfboden. Trotzdem tolerieren diese „Arbeitervertreter“ die Verwaltung in ihren reaktionären Maßnahmen weiter. Statt Arbeiterpolitik wurden unter ihrer tatkräftigen Mithilfe Abschieds- und Empfangsfeierlichkeiten arrangiert. Bürgermeister Poppelbaum, Beigeordneter Engelbert, Betriebsdirektor Ophorst und Bürodirektor Schröder wurden mit 80 Prozent ihres Gehaltes pensioniert (Engelbert erhielt 66% Prozent), und unter besonderer Berücksichtigung des — Abbaues war den Herren in den letzten Jahren das Gehalt dementsprechend erhöht worden. Durch den Kampf des Genossen Schmitz wurde den Genossen die Teilnahme der Funktionäre an der Abschiedsfeier der Partei untersagt. Trotzdem nahmen Leßmann mit Zustimmung von Spindler und Gaulke daran teil. Nachdem die Feierlichkeiten vorüber waren, wurden die durch den Verkauf des Kabelnetzes an den RWE überführten Arbeiter fast alle entlassen. Der neue Bürgermeister, Herr Nohl, mußte gleich herumlaufen und die Gelder zusammenpumpen, damit er die Unterstützungen ausbezahlen konnte. Drakonische Maßnahmen gegen die Werkstätigen setzten ein. Die Gas- und Wasserpreise wurden erhöht, und 20 Arbeiter und 20 Angestellte erhielten den blauen Brief zugesichert. Bürgermeister Nohl bezeichnete dem Genossen Schmitz gegenüber die Finanzverhältnisse als katastrophal. Schmitz hat warnend seine Stimme erhoben. Die bürgerlichen Parteien haben alle sachliche Kritik verhöhnt und weiter drauflos gewurscht. Drei offene Anfragen und drei Anträge des Genossen Schmitz an den Bürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung wurden stillschweigend hingenommen. Trotzdem fast zwei Monate darüber ins Land gegangen sind, wird keine Sitzung einberufen. Seit fast vier Monaten fand keine Stadtverordnetenversammlung statt. Das alles wird von der SPD toleriert und stillschweigend hingenommen.

Schwelm

Schließung des Naziheimes. Nachdem bei Unruhen in Gevelsberg 27 SA-Leute aus Schwelm, die scharfe Waffen fortwarfen, zwangsgestellt worden sind, wurde vorige Woche eine Razzia im Schwelmer SA-Heim vorgenommen, bei der Waffen und Munition gefunden wurden. Der Aufforderung, das Heim innerhalb 8 Stunden zu räumen, wurde nicht Folge geleistet, und so mußte zur Zwangsräumung geschritten werden, die nicht ohne größeren Klamauk abging, so daß der Gummiknüppel nachhelfen mußte. Schließlich schleppte ein Teil der Nazis das Inventar selbst zur Polizeiwache, dabei Hitlerlieder singend. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt wurden ganz Benitente verhaftet und sofort dem Schnellrichter vorgeführt. — Es war höchste Zeit, daß dieses Heim, das an einer der belebtesten Stellen der Stadt liegt, geschlossen wurde, denn es war oft lebensgefährlich, dort vorbeizugehen, abgesehen von den Belästigungen des Publikums durch gewisse Rowdys.

Ahlen

Diebstahl. Vor einigen Tagen wurde bei einem Landwirt in der Bauerschaft Rosendahl ein Einbruchdiebstahl ausgeführt. Die Diebe gelangten unbemerkt auf die Tonne, wo sie ein Fahrrad, einen Mantel und eine silberne Taschenuhr erbeuteten. Die Täter müssen mit der Örtlichkeit vertraut gewesen sein, denn eine fremde Person hätte den geheimen Weg nicht so ohne weiteres auffindig machen können.

Aktuelle Wochenschau

Von Georges de la Fouchardière

Wir entnehmen diese interessante Skizze über die französischen Hugenots dem Pariser „Oeuvre“ Die Red.

Ein sehr bezeichnendes Indiz für die Krise des Patriotismus, die wir durchleben, ist die Auswahl der Bilder in der „Aktuellen Wochenschau“ der Kinos, die von einer Organisation für wirtschaftlichen Wiederaufbau und uneingeschränkten Nationalismus beeinflusst scheint.

Selten geschieht es im Lauf dieser Aktualitätensschau nicht, die im übrigen viel Ähnlichkeit mit einer Truppenschau hat, daß die Zuhörer und Zuschauer die Marseillaise hören; meistens drei- oder viermal. Aber es ist nur gerecht, dazu zu sagen, daß die Zuhörer noch die Freiheit haben, die nationale Hymne sitzend anzuhören. Um ein Experiment zu machen und mit der geheimen Hoffnung, Proteste hervorzurufen, habe ich mich in einem großen Kinotheater auf dem Boulevard bei einer solcher Gelegenheit kürzlich erhoben, und zwar zu hundert Prozent. Meine unmittelbaren Nachbarn fanden unzweifelhaft, daß das von mir sehr passend gehandelt war und einige, die glaubten, daß es eine famosere Idee wäre, erhoben sich gleichfalls — zu meiner tiefen Bestürzung. Warten wir noch ein wenig, bis die Bewegung allgemein bemerkt wird, und nun gibt es für die Leute, die sitzen bleiben, Tippenstöße von seiten der guten Franzosen in ihrer Nachbarschaft.

Diese Woche sahen wir, unter den Klängen der Marseillaise, den richtigen Lautsprecher Maginot (der Kriegsminister. D. Red.) dem General Fürsten von Monaco die Militärmedaille umhängen. (Die Kinoleute mißbrauchen Herrn Maginot übrigens, der vom Standpunkt seiner übermäßigen Länge zu viel Film verbraucht.) Dabei aber erfuhren wir, daß der Fürst von Monaco General der französischen Armee ist: ein schnurriges Gewerbe für einen Herrscher, der über ein wahrhaft friedliches Land regiert, wo alles über die Roulette geht.

Danach führt uns der treue Kammerdiener des Vaters des Sieges (Clemenceau. D. Red.) durch das neu eröffnete Clemenceau-Museum, ebenfalls unter den Klängen der Marseillaise, aber diesmal *cor sordino*. Da ist das Inventar des Clemenceau-Museums: Hier der Hut, dort sein Schützengrabenmützchen; sein Leberzieher auf dem Kleiderbügel. Sein Tintenfaß und sein Federhalter. Das ist alles. Denn sein Mandel (Clemenceaus Staatssekretär, jetzt Abgeordneter mit viel Begabung für kleine Intrige. D. Red.) ist unglücklicherweise in einer anderen Menagerie als unentbehrlich zurückgehalten, wo es keinen Tiger mehr gibt und er bloß die Rolle des Schakals innehat, wenn er nicht das Rattenpiel im parlamentarischen Müllkasten spielt.

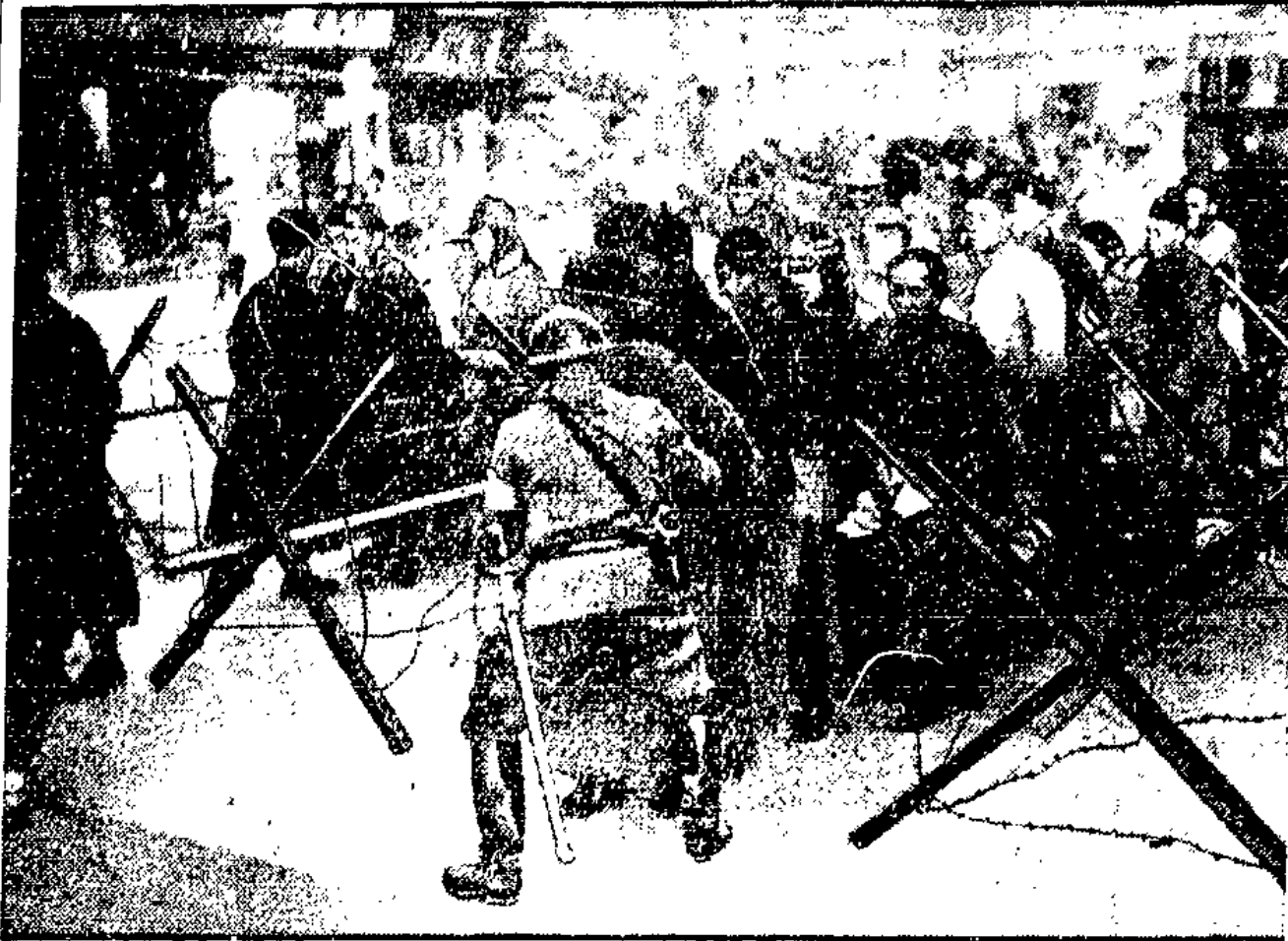
Aber etwas hat mich doch ein wenig überrascht in der Wochenschau. Man sieht da den Sekretär des Unterstaatssekretärs für Leibesübungen beim Besuch der Nacktkultur-Siedlung auf der Insel Vilennes. Diese Aktualität ist mitten im Monat Dezember sicherlich anachronistisch. Diese Bildpropaganda auf Grund eines Regierungs-Besuchs suggeriert mir eine Ansicht, die vielleicht voreingenommen scheint: Ist die Nacktkulturbewegung etwa fromm geworden? Gibt es jetzt Nacktkultur von Staatswegen?

Von 1914 bis 1918 sind wir verschiedentlich von bewaffneten Männern, mit brutalen und drohenden Gebärden gezwungen worden, an Schaustellungen mitzuwirken, die unser Schamgefühl beträchtlich verletzten, von unserm Sinn für Aesthetik gar nicht erst zu reden. Das wurde damals weder „Nacktkultur“, noch „Naturalismus“ genannt, sondern ganz einfach „Kontrollversammlung“ oder „Gesundheitsbesichtigung“.

Darum: Ist es noch Zeit, gegen diese Leute da Klage zu erheben? Gibt es etwa wieder Aushebungen und Musterungen?

In jedem Fall mag man ersehen, daß die zwangsweise Nacktkultur die Achse patriotischer Propaganda ist, und daß sie sehr wohl in die kinematographischen Wochenschauen gehört, die der unbefleckte Nationalismus beeinflusst.

Imperialistische Stacheldrähte



Obwohl der offene Krieg in der Mandschurei bis auf vereinzelte Kämpfe im gegenwärtigen Augenblick unterbrochen scheint, steht das ganze Zivilleben in dem von Japan besetzten Gebiete unter dem Zeichen einer straffen Militärdiktatur. Ueberall sperren Stacheldrahtverhaue den Weg der Reisenden, und nur nach genauer Untersuchung durch die Besatzungssoldaten darf die mandschurische Bevölkerung ihr eigenes Land verlassen oder wieder betreten.

Sturmflutgefahr in Hamburg

Hamburg, 28. Dezember.

Die stürmischen Westwinde im norddeutschen Küstengebiet erreichten am Montag morgen bei Hamburg Stärke 7 bis 8. In der Elbmündung herrscht voller Sturm. Feuerschiff „Elbe I“ meldet Windstärke 9. In Hamburg ist bereits Hochwasser einen Meter über normal eingetreten. Bei weiterem Anhalten des Sturmes besteht für die Nachmittagstide ernste Gefahr. Für die schleswig-holsteinische Westküste, besonders für die Eidermündung, hat die Deutsche Seewarte bereits am Sonntag Sturmflut-Warnungen erlassen. Bei Cuxhaven und bei Brunsbüttelkoog hat eine Anzahl kleinerer Schiffe Schutz vor dem Unwetter gesucht.

Elli Beinhorn in Delhi

Berlin, 28. Dezember.

Die deutsche Fliegerin Elli Beinhorn ist am Heiligen Abend in Delhi in Britisch-Indien eingetroffen. Den Flug über die Schlangeln Vorderindiens legte sie bei günstiger Witterung in schnellstem Tempo zurück. Die deutsche Kolonie in Delhi bereitet der

Fliegerin einen herzlichen Empfang. Elli Beinhorn wird einige Tage in Delhi bleiben und dann nach Kalkutta und von dort nach Siam und den Sunda-Inseln weiterfliegen.

Radio-Neujahrsfeier der Komintern

Moskau, 28. Dezember.

Um die Arbeitermassen von den Einflüssen bürgerlicher Kultur fernzuhalten, wird der russische Gewerkschaftsender eine proletarische Neujahrsteier veranstalten, die in sieben Sprachen verbreitet werden soll. Die deutschen Kommunisten Max Hölz und Margis sind aufgefordert worden, sich persönlich an der Feier zu beteiligen.

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets, Wilton, und das tschechische Regierungsmitglied Dr. Franz Vezensky haben dem Völkerbundsrat mitgeteilt, daß sie ihre Aemter dem Rat zur Verfügung stellen und eine Wiederwahl ablehnen.

Neue Flammenzeichen in Indien



Pandit Jawaharlal Nehru, der Präsident des allindischen Kongresses und einer der nächsten Freunde Gandhis, wurde von der britischen Polizei in Haft genommen. Und für diesen schroff imperialistischen Kurs trägt Macdonald, der „Sozialist“ von gestern, die Verantwortung.

Organisationsnachrichten SAP

Der Referentenkursus am Dienstag, 29. Dez., fällt aus. In nächster Woche Notiz beachten!



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Heute, Dienstag, 29. 12., 19.30 Uhr:

- Charlottenburg „Karl Liebknecht“, Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 91. — Querschnitt Jahrb. 1931.
- Friedrichshain „Rosa Luxemburg“, Heim, Große Frankfurter Straße 16. Lustiges, satirisches Jahresende.
- Heinholzplatz „August Bebel“, Heim, Prenzlauer Allee 34. — Aussprachenabend.
- Köpenick „roter aufbau“, Heim, Grünauer Straße. — Marxistische Staatsauffassung und Nationalismus, Prof. Willy Huhn.
- Marienthal „Rote Pioniere“, Heim, Marienfelde (a. Bf.). — Satirisches Jahresende.
- Neukölln I, Heim, Mathyauer Str. — Tagespolitik.
- Neukölln II, Heim, Muldower Str. — Tagespolitik.
- Neukölln III, Heim, Herzigbergplatz. — Tagespolitik.
- Neukölln IV (Britz), Heim, Claussestraße 136. — Arbeitsgemeinschaft.
- Pankow, Heim, Kissingerstraße. — Unsere Stellung zu Sowjetrußland.
- Stralau „Friedrich Engels“, Heim, Götterstraße 61. — Heimabend.
- Schönhauser Viertel „Paul Levi“, Heim, Gleimstraße 37. — Heiterer Jahresabschluss.
- Schöneberg-Friedenau, Heim, Hauptstraße 16. — Tagespolitik.
- Süd-Ost „Jean Jaurès“, Heim, Skalitzer Straße 6. — Jahresabschluss.
- Tempelhof, Heim, Gozstraße, Eingang Kinderhof. — Tagespolitik.
- Wärther Platz „Matteotti“, Heim, Reche, Metzger Straße 38. — Fahrtenerebuisse.
- Westen, Heim, Genthiner Straße 17. — Tagespolitik.
- Westend, Heim, Spornplatz. — Unterhaltungabend (Jahresende).

Mitteilung der BI:

Arbeitslosen-Staffel. Alle arbeitslosen Genossen können am morgigen Mittwoch, 30. Dezember, um 17.30 Uhr, zum 14. Uhr, zu einer wichtigen Beratung zusammenkommen. Januar-Programm. Von einigen Gruppen fehlt noch das Programm. Agitationsaussch. Kom. am heutigen 20 Uhr Prenzlauer Allee 34. — Jeder muß erscheinen.

Die Roten Falken:

Ballenplatz „Matteotti“, Heim, Tilsner Straße 45. Schönhauser Viertel „Paul Levi“, Heim, Sonnenburger Straße 20. — Gruppe ausruhen. Mitte „Rote Pioniere“, Heim, Elisabethkirchstr. 13. Stralau „Rote Falken“, Heim, Götterstr. 61.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlags-Ges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Ceter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbräutigungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlag“ m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto, Berlin NW 7, Nr. 153 928.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Volksbühne

Thema: „Bismarck“
D 1, Norden 2546
8 Uhr:
Die Großherzogin von Gerastein

Stärkt den Pressefonds

Ausschneiden! Besondere Mitteilung erfolgt nicht

Nicht zu vergessen

bitten wir, daß die Nr. 18 der „Sozialistischen Wochenzeitung“ nicht Freitag sondern **Mittwoch** erscheint

Mittwoch, 30. Dezember

ist also der

nächste Abholtermin

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin - Tempelhof, Hohenzollernkorso 67
Postscheck-Konto: Berlin 1512 61

Werbt

für die

„SAZ“

Kritik an den Programmen

der

deutschen Sozialdemokratie

Übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“ der „Marxistischen Büchergemeinde“.

Es ist

ein Buch das jeden angeht!

Bestell' sofort das

4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von

Anna Siemsen

„Auf dem Wege zum Sozialismus“

Preis 4,75, f. Mitglieder der MBG. 3.— RM

Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

3 wichtige Broschüren!

Dr. Wilhelm Appens:

Charleville

Dunkle Punkte aus dem Etappenleben
Kartonierte 40 Pfg.

Edo Fimmen:

Weltfriede und Arbeiterbewegung

(Die Aufgaben der Gewerkschaften)
Kartonierte 10 Pfg

Soeben erschienen:

Wer war Schlageter?

Kartonierte 20 Pfg

Der neue pazif.-sozial. Bücher-Katalog wird an Interessenten kostenlos geliefert

Zu beziehen durch die Buchhandlung der

Deutschen Friedensgesellschaft

Bund der Kriegsgegner Berlin W 57

Bülowsstr. 105 Postscheck-Konto Berlin 115 607

Arbeitersportler!

lest die **SAZ**

Kommentare zu Basel

Haltlose Kombinationen

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt in sensationeller Aufmachung eine Meldung über „SPD-Versuche zur Ausrottung des Faschismus“:

„Die Schwierigkeiten innerhalb der SPD, die schon vor einiger Zeit zur Abspaltung der Seydewitz-Gruppe (Sozialistische Arbeiterpartei) führten, sind noch keineswegs behoben. Man kann im Gegenteil gerade in den letzten Wochen feststellen, daß der Druck auf die Parteiführung immer stärker wird, und zwar in der Richtung, sich unabhängig vom Kabinett Brünning zu machen, um die Tolerierungspolitik zu beenden. Dieser Druck geht hauptsächlich von der jungen Generation aus, die nicht nur mit den alten Führern und mit der Entwicklung der ehemals sozialistischen Partei zu einem „Anhangsel der bürgerlichen Regierung“, sondern auch mit der Taktik unzufrieden ist, die aus dem Reichsbanner allmählich einen „Schützverein“ gemacht habe. Die sozialdemokratischen Führer versuchen deshalb mit allen Mitteln den inneren Zersetzungsprozeß aufzuhalten, der bereits mehrere Opfer unter den alten Parteigrößen gefordert hat. Noch vor Monaten schienen innerhalb der Partei Strömungen die Oberhand zu behalten, die eine Loslösung von der Tolerierungspolitik forderten. In den letzten Wochen scheint man jedoch entschlossen, „über alle inneren Gegensätze hinweg“ Seite an Seite mit dem Zentrum zum Kampf gegen den Faschismus aufzurufen, um auf diese Weise die Wählerschaft zusammenzuhalten und auf ein neues Ziel hinzuleiten.“

Wer die Vorgänge in der SPD kennt, durchschaut diesen Schwindel sofort. Die Rebellion der jungen Generation richtet sich ja gerade

gegen die Politik des Zusammengehens mit dem Zentrum.

Wollten die Führer den inneren Zersetzungsprozeß aufhalten, so würden sie den umgekehrten Kurs einschlagen.

Der Zweck der Schreckensmeldung der Schwerindustrie wird deutlich durch die Schlußfolgerungen, die daraus an der gleichen Stelle gezogen werden. Geplant sei angeblich die sogenannte „Kleine Reichsreform“, durch die den Nationalsozialisten bei der Reichspräsidenten- und preußischen Landtagswahl „Schwierigkeiten bereitet werden“ sollen. Das bedeutet: Die Schwerindustrie malt den Teufel der „Eisernen Front“ an die Wand, um ihren Bundesgenossen, den Faschisten, zu alarmieren. Wenn das ganze Eisernen-Front-Gerede bisher keinerlei Erfolg hatte, so wenigstens den einen: erhöhte Alarmbereitschaft und Illegalitätswörter bei den Faschisten zu schaffen.

Anna Hartoch übergetreten

Genossin Anna Hartoch, die in den Unterzeichnern des Aufrufs der „Marxistischen Tribüne“ — jener vom Laub-Verlag gegen den „Klassenkampf“ herausgegebenen Zeitschrift — gehörte, hat ihren Austritt aus der SPD erklärt und ist in die SAP eingetreten. Sie hat an der Arbeiterbildungsschule und speziell in der SAJ durch Bildungs- und Erziehungsarbeit gewirkt. Die Ueberzeugung, daß für Marxisten in der SPD kein Raum mehr ist, wächst immer mehr.

Vier Kinder verbrannt

Paris, 28. Dezember

In einem Wohnwagen in der Nähe von Kolmar brach Sonntagabend infolge Ueberhitzens des Ofens ein Feuer aus. Im Wagen schliefen fünf kleine Kinder, deren Eltern abwesend waren. Das Feuer dehnte sich mit solcher Geschwindigkeit auf den ganzen Wagen aus, daß es dem ältesten Kinde, einem 12jährigen Mädchen, nur mit Mühe gelang, sich selbst in Sicherheit zu bringen. Ihre vier Geschwister im Alter von 8, 7 und 5 Jahren, sowie ein Baby von 5 Monaten verbrannten.

Der Bericht der Basler Sachverständigenkommission hat zumindest das Verdienst, daß er die ganze Bedrohlichkeit der Lage, in der sich zur Zeit der Kapitalismus der gesamten Welt windet, in das helle Licht des Tages gerückt hat. Wen die Sprache des Berichtes selbst hierüber noch im Zweifel ließ, der kann die gebührende Aufklärung wenigstens aus den Kommentaren schöpfen, mit denen er begleitet wird. In dieser Hinsicht ist besonders bemerkenswert eine Erklärung, die der französische Vertreter, Rist, auf der Basler Konferenz der Redaktion eines französischen Finanzblattes übergab. Darin spricht Rist offen die Gründe aus, die letzten Endes für das Zustandekommen des Kompromisses den Ausschlag gaben, nämlich „die Gefahren, denen die Gesamtheit aller Kredite, ganz gleich, ob nationaler oder internationaler Natur, ausgesetzt ist“. „Nur der Wunsch“, also schloß Rist, „diese Gefahren abzumildern, hat es ihnen erlaubt, zu gemeinsamen Schlußfolgerungen zu gelangen, die einen Augenblick sehr in Zweifel standen“.

Förmlich

ein Alarmruf

kommt aus dem gleichen Anlaß aus England, und zwar aus dem Munde des Ministerpräsidenten Mac Donald. Einem Pressevertreter erklärte dieser: „Der Bericht zeigt klar und deutlich, daß die Regierungen, ohne auch nur einen Tag ungenützt verstreichen zu lassen, zu einer Konferenz zusammentreten sollten. Die britische Regierung ist bereit, unverzüglich daran teilzunehmen.“

Lasset uns um Gotteswillen ungesäumt zur Beratung zusammentreten!“

Der „Manchester Guardian“ bezeichnet den Bericht als „eine scharfe Waffe in den Händen der Regierungen“, zwecks Herbeiführung einer mehr als nur vorübergehenden Regelung der Schulden.

Die „Nation Belge“ erklärt, daß der Bericht der Sachverständigen die Lage keineswegs kläre und daß die Welt sich nach wie vor in einer Sackgasse befinde.

In bemerkenswertem Gegensatz hierzu stehen die Äußerungen der amerikanischen Presse. Diese übt in ihrer Beurteilung größte Zurückhaltung. Eine Ausnahme macht bisher nur der Senator Borah, dessen Ruf in Europa aber in schriftlichem Gegensatz zu seinem Einfluß in Amerika steht. Dieser Borah erklärte zum Basler Ergebnis, daß er keine wirtschaftliche Erholung Europas sehen könne, so lange die Reparationen nicht gänzlich gestrichen würden.

Seitens des amerikanischen Staatsdepartements wurde sofort erklärt, daß es von der Teilnahme an der vorgesehenen Reparationskonferenz absche. Hinzu erfährt nun die „Herald Tribune“ aus offiziellen Kreisen, die Regierung sei der Ansicht, daß Europa vor allem 2 Aufgaben lösen müsse: Die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Aufstellung eines Programms zur wirtschaftlichen Erholung Europas. Würde ein solches Stabilisierungsprogramm zustandekommen, so sei die Regierung geneigt, die Kriegsschuldenfrage in Erwägung zu ziehen. Dabei werde sie jedoch die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder individuell berücksichtigen. Keinesfalls beabsichtige die Regierung, irgendwie die Folgen einer Einstellung der Reparationszahlungen auf sich zu nehmen.

In dem Leitartikel der „Herald Tribune“ heißt es, Deutschland könne im Augenblick keine Reparationen zahlen. Amerika werde aber keinem Plane zustimmen, der ihm die ganze Last zuschiebe. Indessen sei unter diesen Einschränkungen eine praktische Lösung des Problems möglich. Die Absicht, eine solche Lösung zu finden, sei bereits an dem Willen zu baldigem Beginn der Reparationskonferenz zu sehen.

Kammer verabschiedet Amnestiegesetz

Paris, 27. Dezember.

In der Sitzung der Kammer kam es zu einem Zwischenfall zwischen dem sozialistischen Abgeordneten Léon Blum und der Regierung, als Blum von der Regierung verlangte, die Kammer müsse sich noch einmal mit dem

Abkommen zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich

befassen. Der Abgeordnete erklärte, der vom Senat angenommene Gesetzentwurf entspreche in seinem Wortlaut nicht demjenigen, den die Kammer in erster Lesung verabschiedet habe. Finanzminister Flandin habe sich vielmehr auf Veranlassung des Finanzausschusses des Senats gezwungen gesehen, gewisse Abänderungen anzubringen, so daß man sich nunmehr einem ganz anderen Entwurf gegenübersehe. Flandin wandte sich gegen die Ausführungen Blums und erklärte, das Gesetz habe keinerlei Aenderung erfahren. Die Bank von Frankreich habe lediglich in einem Briefe an den Finanzausschuß des Senats bestätigt, daß sie bereit sei, den Betrag für die Amortisierung der durch den Pfund-Sturz erlittenen Verluste um 50 Millionen Franken zu erhöhen. Dieser Beschluß sei jedoch nicht in das Abkommen selbst aufgenommen worden. Da Blum trotzdem von der Kammer die nochmalige Behandlung des Abkommens verlangte, stellte Ministerpräsident Laval die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 320 gegen 258 Stimmen abgelehnt.

Die Kammer hat dann am Schluß der Nachtsitzung das vom Senat bereits verabschiedete Amnestiegesetz mit 584 Stimmen angenommen. Das Amnestiegesetz erstreckt sich auf die wegen autonomistischen Komplotts erfolgten Verurteilungen, ferner auf Verstöße gegen das Pressegesetz, außer, wenn es sich um Verleumdung von Offizieren handelt, außerdem auf militärische Vergehen einschließlich Desertionen nach dem Ausland, vorausgesetzt, daß der Deserteur ein Jahr lang gedient hat. Im Laufe der mehrstündigen Aussprache wurde ein sozialistischer Antrag des Abgeordneten Serol, die Amnestie auf alle Pressevergehen auszudehnen, mit 316 gegen 260 Stimmen abgelehnt, nachdem Kriegsminister Maginot die Vertrauensfrage gestellt hatte mit der Begründung, er müsse

für die Aufrechterhaltung der Moral des Heeres Sorge tragen.

Elsässische Abgeordnete gaben vor der Abstimmung Erklärungen dahin ab, daß separatistische Absichten keineswegs beständen noch bestanden hätten.

Zeitungskonzentration. Die Kölner Görreshaus AG, in deren Besitz sich die Kölnische Volkszeitung und der Kölner Lokal-Anzeiger befinden, hat die Aktienmehrheit der Kölner Verlagsanstalt und Druckerei AG käuflich erworben. Die letztgenannte Gesellschaft ist die Verlegerin des Kölner Tageblatts. Wie wir hören, soll der Betrieb dieser Gesellschaft fortgeführt werden.

Sabotage und Schwindel

Die „Rote Fahne“ zur Konferenz des Berliner SJV

Die Berliner Bezirkskonferenz des SJV, die unter anderem auch eine Resolution gegen das Verbot der „Roten Fahne“ annahm, wurde von der „Roten Fahne“ bisher nicht erwähnt. Der Redakteur hat volle zehn Tage gebraucht, um sich zu überlegen, ob man die Mahnung des revolutionären Sozialistischen Jugendverbandes, sachlich und nicht durch Verdrehungen und Verleumdungen mit dem proletarischen Gegner fertig zu werden, beachten soll. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß sich die Redaktion der „Roten Fahne“ immerhin schon 10 Tage beherrscht hat; wenigstens was den Bericht über die Bezirkskonferenz anbelangt. In der Mittwoch-Nummer der „Roten Fahne“ wurde das Versäumte jedoch reichlich nachgeholt. Es sind nur vier kleine Abschnitte, und genau so viele Verdrehungen, um nicht zu sagen Lügen. 1. wurde die Diskussion abgewürgt. Dabei verschwieg der Berichterstatter, daß der Saal um 3 Uhr geräumt werden mußte, weshalb die Diskussion vertagt, nicht aber „abgewürgt“ wurde. Aus demselben Grunde konnten die Statuten nicht bis zu Ende beraten werden, womit die 2. Lüge gekennzeichnet ist. Daß in der Resolution gegen das Verbot der „Roten Fahne“ „das revolutionäre Organ Berlins beschimpft“ wurde (wäre dem so, die „Fahne“-Bürokraten hätten sie zweifellos im Wortlaut veröffentlicht), ist Lüge Nr. 3, und daß „die ganze Konferenz unheheure Angst vor der roten Einheitsfront zeigte“, ist Lüge Nr. 4. Gerade die sogenannten „abgewürgten Diskussionsredner“ hätten aufgezeigt, wer die Einheitsfront sabotiert. Wenn die Genossen des KJVD mit der Organisation des SJV kartellmäßig zusammenarbeiten wollen, verbieten das die KP-Bürokraten von oben herab, wodurch sie praktisch die täglich geforderte Einheitsfront zerschlagen. So war es z. B. im Bezirk Mitte. Die KP-Bürokratie, die so die Einheitsfront sabotiert, ist nicht bereit, zu kämpfen, und sie besorgt sich darum — wie Trotzki in seiner neuesten Broschüre schreibt, — einen Reiepaß. „Ihr seid Hunderttausende, Millionen“, fügt Trotzki hinzu, sich an die Massen der KPD wendend, „Ihr könnt nirgends wegfahren, für euch gibt es der Reisepässe nicht genug... Eilt, Arbeiter-Kommunisten, es ist euch wenig Zeit gelassen.“

Maria Leitner HOTEL AMERIKA

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

7. Fortsetzung

„Wie, sogar dann, wenn wir zahlen, wenn wir nicht arbeiten, bindet man uns den Maulkorb um?“

Heinrich Klüter nahm die Sache gelassener auf.

„Solche Aufschriften findest du in allen diesen Hotels. In den ‚Gesellschaftsräumen‘ soll man Karten spielen, alte Zeitungen lesen und das Maul halten. Siehst du, die Prohibition hat ja nur den Zweck, daß die Leute auch in ihrer freien Zeit schweigen. Es gibt keine Lokale, wo man sich hinsetzen und lange hin und her reden kann, das ist verboten. Die Reichen, die verschaffen sich schon ihren Alkohol. Laß man, es wird auch mal anders.“

Heinrich Klüter wohnt schon drei Jahre in „Onkel Sams Hütte“, seitdem er seinen Dienst im Hotel Amerika verrichtet. Die Hochbahn fährt an seinem Fenster vorbei. Anfangs hatte er immer das Gefühl, als säuse sie jedesmal über seinen Körper. Doch dann gehörte auch sie zu seinem Schlaf, genau wie das Halbdunkel des Zimmers und aller Lärm des Tages.

Die enge Freundschaft zwischen Heinrich und Fritz nahm ihren Anfang in einer der freien Nächte, als Heinrich wieder seiner Gewohnheit gemäß „Onkel Sams Hütte“ durch-

wanderte. Er konnte nicht anders, er mußte Nachtwache halten, aber sie war anders, als die im Hotel Amerika. In „Onkel Sams Hütte“ gibt es wenige Geheimnisse, vor allem ist jede „Unsitlichkeit“ ausgeschlossen. Vor den Eingängen dieser „Onkel Sams Hütten“ stehen Tafeln:

„Hier ist der Eintritt für Frauen streng verboten.“

Trotzdem konnte der Nachtwächter Klüter auch hier viel Merkwürdiges bei seinen Nachtwanderungen entdecken. Er hörte die Schreie und Seufzer der Schlafenden, sah, wie gerade die Armseligsten ihr wertloses Hab und Gut sogar im Schlaf krampfhaft umklammerten. Am mißtrauischesten sind die sehr Armen und sehr Reichen, dachte der Nachtwächter Klüter.

Viele schrien im Traum nach den Ihren, die in der alten Heimat lebten; er hörte aber auch wilde Wutschreie und Verwünschungen, die tagsüber unterdrückt werden mußten.

In jener Nacht fand der Nachtwächter Klüter Fritz unter der Treppe schlafend. Er konnte die Schlafstelle nicht bezahlen; schon seit Tagen blieb er die fünfundzwanzig Cents für ein Bett schuldig. Der Geschäftsführer machte nicht viel Federlesens mit ihm; er behielt Fritz' Mantel und wies ihm die Tür.

„Mach, daß du hinauskommst,“ schrie er ihn an. „Aber wohin soll ich denn gehen,

was soll ich machen?“ Fritz war richtig verzweifelt, so daß er schon den Geschäftsführer um Rat bat.

Der war kurz angebunden.

„Geh auf die Bowery, da gehört ihr Stroche alle hin.“

Diesen Rat aber wollte Fritz nicht befolgen; er wartete ab, bis der Geschäftsführer sich verzog, dann machte er es sich unter dem Treppenabsatz unbequem.

Er ist sonst nicht ängstlich, aber vor der Bowery hat er doch Angst. Sicherlich ist sie die fantastischste Straße der ganzen Welt, denkt Fritz, man soll lieber nichts mit ihr zu tun bekommen.

An die Bowery denkt er auch jetzt, im Vorzimmer des „Zeithalters“. Sie flößt ihm wahres Entsetzen ein. Er ist ja noch aus Berlin allerlei Elend gewöhnt, aber das hier ist doch etwas anderes, diese wildwuchernde Unordnung.

Fritz kennt eine behördlich registrierte, gestempelte, statistisch und amtlich festgestellte Armut, mit Anstellen und Aufschreiben, mit Zetteln und Aemtern, mit eingezogenen Erkundigungen und alphabetischem Verzeichnis.

Auf der Bowery kann man sich höchstens um eine verdächtig aussehende Suppe anstellen, die in einem Blechtopf zusammen mit Gebeten und Predigten serviert wird. Es gibt Nachtsytle in Kirchen, in denen man auf Zeitungspapier schläft und wo man von Neugierigen, die in Touristenautos angefahren kommen, gegen Eintrittsgeld, das aber nicht ihnen, sondern der Kirche zugute kommt, bestaunt wird.

Heilsarmeesänger vermischen sich mit Betrunknen und schweren Jungens; Stellenvermittlungsbüros, die Sklavenmärkte genannt werden, sind Gebethäusern und Juwelengeschäften, in denen beste „Sore“ feilgeboten wird, benachbart. Fritz hat vor allem vor den Stellenvermittlungsbüros Angst. Sie vermit-

teln nur Stellen nach auswärts. Transporte gehen von dort ab in menschenleere Gegenden, um Wege zu bauen, oder nach einem primitiven Bergwerk, in dem alle Sicherungen fehlen, die das Leben der Arbeiter schützen.

Noch schlimmer. Hier werden Streikbrecherkolonnen organisiert, ohne daß die Beteiligten etwas davon ahnen. Erst wenn sie die Reise hinter sich haben und keinen Cent mehr besitzen, um zurückfahren zu können, erfahren sie den Zweck ihrer Fahrt.

Sagt einer „ja“ in diesen Agenturen, so ist er schon Sklave.

„Ne, Junge, bleib man da, deine Kolonne geht bald ab.“ Und schon sitzt er in der Falle. Nein, das ist nichts für Fritz, da will er lieber die Hände von der Bowery lassen.

Fritz hatte Glück, daß ihn Heinrich fand und, als er das Schicksal Fritz' erfuhr, mit dem Geschäftsführer eine Abmachung traf, wonach Fritz nachts, wenn Heinrich auf Arbeit ging, in dessen Bett schlafen durfte.

Jetzt werden beide hingsingerufen zu dem Mächtigen.

Der Nachtwächter Klüter dreht seinen Hut in der Hand und entwirft ein schmeichelhaftes Bild Fritzens.

Der „Zeithalter“ beugt sich über eine riesige Tabelle mit vielen Zahlen, die das Personal bedeuten. Er macht graphische Zeichnungen wie ein Feldherr.

Nein, Nachtwächter kann Fritz nicht werden.

Er wird bleich. Sollte auch heute alles vergeblich sein?

Aber der Mächtige will doch mal sehen; er setzt eine wichtige Miene auf. Dann stößt er mit dem Bleistift, sagt kurz: „Küche“ — und somit kommt Fritz in die größte Kochanstalt der Welt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Sowjet-Finzen

Der wachsende Anteil der Arbeiterklasse am Volkseinkommen

Der Volkskommissar für die Finanzen der Sowjetunion, Grinko, erklärte in seinem Bericht auf der Tagung des Zentralkomitees über den Etat von 1932: das Jahr 1931 war trotz der Prophezeiungen der Presse der kapitalistischen Länder über eine angeblich der Sowjetunion drohende Inflation und sogar über einen Finanzkrach im Jahr des Umschwunges zu entscheidender Befestigung der finanziellen Macht der Sowjetunion. Angesichts der verschärften Finanzkrise der kapitalistischen Länder, die schon zum Verlust der Einheit der internationalen Währungsbeziehungen führte, hebt sich besonders deutlich die Tatsache ab, daß die Sowjetunion nicht allein den Finanzplan und den Etat für 1931 erfüllte, sondern sogar mehr als erfüllte.

Das Volkseinkommen wuchs 1931 um 14 Prozent, was kein einziges kapitalistisches Land selbst im besten Jahr seiner Entwicklung aufweisen konnte. Der Anteil der vergesellschafteten Wirtschaft am Volkseinkommen bezifferte sich in laufenden Jahre auf 81 Prozent. Der Wert des Warenumsatzes wächst 1932 auf 35 Milliarden Rubel gegenüber 27 Milliarden im Jahre 1931.

Grinko erklärte weiter: Diese gewaltige Warenmasse ist die zuverlässigste Grundlage des Geldumsatzes. Zur Charakteristik des Finanzprogramms für 1932 betonte der Volkskommissar: der Finanzplan schließt mit 43 Milliarden Rubel, der Etat mit 27,5 Milliarden gegenüber 20,5 Milliarden im laufenden Jahre ab. Von den 27 Milliarden des Etats sind 20 Milliarden für die Finanzierung der Volkswirtschaft, 3 Milliarden für die Finanzierung des sozialen und kulturellen Aufbaues. Im Laufe der ersten vier Jahre des Fünfjahresplanes verdoppelte sich das Volkseinkommen der Sowjetunion und erreicht 1932 49 Milliarden Rubel. Der Anteil der Arbeiterklasse am Volkseinkommen stieg von 32 Prozent im Jahre 1928 auf 47 Prozent im Jahre 1932, der Anteil der Kollektivwirtschaft entsprechend von 1 auf 30 Prozent; der Anteil der Einzelwirtschaft dagegen fiel von 44 auf 8 Prozent und der Anteil der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land macht 1932 fast die verschwindende Größe von nur einigen Zehntel Prozent aus. Grinko betonte ferner den Erfolg der Sowjetanleihen unter der Bevölkerung, die alle freien Mittel für die Finanzierung des sozialistischen Aufbaues abgab. Ueber die Entwicklung der Finanzwirtschaft der einzelnen nationalen Republiken erklärte Grinko, daß deren Etats 1932 um 35 bis 44 Prozent wachsen würden.

Weiter teilte der Volkskommissar mit: 1932 werden die Elementarschulen 25 Millionen Kinder besuchen gegen 20 Millionen im Jahre 1931, die Hochschulen werden 2 Millionen Studenten und die Fabriksschulen 1,7 Millionen Besucher aufweisen. Indem wir die Befestigung der Finanzwirtschaft mit aller Energie fortsetzen, vollenden wir den Fünfjahresplan im Jahre 1932.

★

„Vorkriegsproduktion wird um das Vierfache überschritten“

Vor Grinko hatte noch der Vorsitzende der Staatsplankommission, Kujbyshev, gesprochen. Er führte aus, daß der Fünfjahresplan im ersten Jahre bereits mit mehr als zwei Prozent übererfüllt wurde, im zweiten Jahre mit drei Prozent und im dritten Jahre mit acht Prozent. Die Kollektivisierung der Landwirtschaft sei im wesentlichen durchgeführt.

Die Gesamtproduktion der Staatsindustrie werde im kommenden Jahre um 36 Prozent wachsen und

die Vorkriegsproduktion um das Vierfache überschreiten.

Allein die Maschinenbauindustrie werde im nächsten Jahre dem Betrieb übergeben: 82 000 Traktoren, 73 000 Automobile, 1300 Lokomotiven, 50 000 Waggons, 24 Hochöfen, 63 Martinöfen, 12 Elektroöfen, 21 Walzwerke usw.

Die Landwirtschaft erhält im nächsten Jahre allein so viel Maschinen, wie der Wert des gesamten landwirtschaftlichen Inventars im Jahre 1928 betrug, darunter eine Million PS neue Traktoren, 11 000 Automobile und 900 Millionen Rubel neue landwirtschaftliche Werkzeuge.

Präludium zur Abrüstungs-Konferenz

London, 28. Dezember.

Wie aus Washington gemeldet wird, werden im Februar und März auf der Höhe von Hawaii und an der kalifornischen Küste amerikanische Manöver stattfinden, an denen die gesamten atlantischen und pazifischen Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten in Verbindung mit den Landstreitkräften teilnehmen werden. Am 6. Februar soll die Schlachtschiff-Flotte mit Unterstützung von Land- und Luftstreitkräften einen Angriff auf Hawaii unternehmen, das von Truppen der drei Waffengattungen verteidigt werden wird. Später wird die Flotte an der kalifornischen Küste bei San Pedro eine Landung vornehmen, an deren Abwehr eine Flotte von Aufklärungsflugzeugen mit Unterstützung des Lenkluftschiffes „Akron“ teilnehmen wird.

Heiligabend bei Borsig

Heiligabend. Der Industriekomplex von Reinickendorf-West und Tegel liegt in Nebel versunken. Es ist trübe. Ein „Silberstreif am Horizont“ ist nicht zu sehen. Aber einige Arbeiter stehen vor den verrammelten Borsigstoren in der Berliner Straße. Opfer der Pleite! Ein Lehrling zeigt mir ein Schreiben, in dem er aufgefordert wird, am 24. Dezember Geld zu holen. Wann, wie und wo stand nicht dabei. Gott, so'n Lehrling kann ja ruhig zweimal wegen seiner paar Kröten kommen. — Die Zigarettenfrau schaut aus ihrem Holzkesten heraus und hofft auf die Ueberwindung der Borsigschen Krise. „Man weiß ja nu ooch ja nicht, wat wird. Det kam alles so plotzlich. Man is reene sprachlos geworden.“ „Na ja, und wenn die Schornsteine nich roochen, denn roochen ooch die Arbeiter nich“, sagt mein Nachbar.

Die Straße atmet Ruhe. Aber das ist Kirchhofsruhe. Ein Stück Berlin liegt still, ein Werk von Weltruf und Jahrhundertelanger Tradition. Man sagt, die Arbeiter „feiern“. Sonst lärmt es hier, und verdient hatte die Firma dadurch, daß sie das Werk laufen ließ. Jetzt ist es still, und die Firma verdient dadurch, daß sie das Werk ruhen läßt. Abgesehen von den Spargroschen der Arbeiter spekuliert die Firma auf die Verwirklichung der Reichsbannerparole „Staat, greif zu!“, man läßt sich also subventionieren und ist für die Sozialisierung — der Pleiten.

Im Aufstieg Borsigs verkörpert sich ein Stück Geschichte Berlins. In der Frühzeit des Kapitalismus von damals aufblühenden Eisenbahnen emporgetragen, erweiterte Borsig ständig seine Produktion. Aus der Quetsche erwuchs die Fabrik am Oranienburger Tor. Später neue Erweiterung und Uebersiedlung nach Tegel. Borsig brachte es auf 15 000 Arbeiter in Berlin und 3000 in eigenen ober-schlesischen Gruben und Hüttenwerken.

Gewiß nagte die Weltkrise schon lange auch an Borsig. Viele Arbeiter wurden entlassen, so daß zuletzt nur etwa noch 4000 Mann beschäftigt wurden, aber der „Borsigstamm“ hielt seinen Arbeitgeber für unverwundlich und wählte sich fast mit ihm in katholischer Ehe verbunden. Da vorwiegend Qualitätsarbeiter beschäftigt wurden, die Löhne verhältnismäßig hoch lagen, wurde der Klassegeist zu einem nicht unwesentlichen Teil durch den Geist der Werkgemeinschaft verdrängt. Werksiedlungen, Werk-sport, Werkzeitung und andere Dintamethoden wurden erfolgreich in den Dienst der kapitalistischen Werkgemeinschaftspolitik gestellt, wenn die Unternehmer im allgemeinen auch mit ihren Resultaten nicht zufrieden sind.

Und auch die Sparkasse gehört hierher. Ueberleg' dir doch mal“, sagte mir ein Eisengießer, „70 Prozent sparen bei Borsig. Mindestens 70 bis 80 Prozent sind aber auch gewerkschaftlich organisiert. Bei uns in der Eisenleberei gehören fast alle der freien Gewerkschaft an. Also spart ein großer Teil der Organisierten bei der Firma.“ Einige alte Borsigarbeiter sollen 10 000 bis 20 000 Mark gespart haben, in einem Fall spricht man von 30 000 Mark. „Meinst du, Kollege, die hier und da gemachte Behauptung, das Sparen sei auf Druck von oben erfolgt, ist richtig?“ fragte ich. „Det is ja Quatsch“, erwiderte mir ein Borsigarbeiter vom Stamm. „Wer kann mir denn zum Sparen zwingen?“ Die Er-

regung über das verlorene und in Jahren erhungerte Geld ist groß. So groß, daß ein 63 Jahre alter Borsigarbeiter vor Aufregung einen Herzschlag bekam. „Ja, jestern war et. Er kam nach Hause, ihm wurde schlecht, fiel um und war erledigt.“

„Eher geht die Welt unter . . .“

Es ist 2 Uhr mittags. Im Casino wird es etwas lebendiger, denn jetzt beginnt die Auszahlung der halben Löhne. „Die Restzahlung erfolgt nach Eingang der erforderlichen Gelder baldmöglichst“, heißt es unter anderem in einer Bekanntmachung. Die Schupos haben keinen schweren Dienst, der Weihnachtsfriede wurde mit erstaunlicher Geduld respektiert. Die Arbeiter standen zwar in Gruppen beisammen, aber man redet kaum von Politik, Krisen und Pleiten. Vielleicht weil Weihnachtsen war? Nein, weil man über zusammengebrochene Illusionen nicht gerne reden will und weil man einfach noch nicht recht glaubt, daß Borsig — ja, Borsig!! — pleite ist. Denn man sagte doch so oft: Eher geht die Welt unter, als daß Borsig pleite geht. Mancher Borsigarbeiter machte tatsächlich den Eindruck, als krache die Welt zusammen. Aber nicht die Welt, sondern die Vorstellungswelt mancher Borsigarbeiter kracht zusammen. Da sind wohl wenige, die nicht glauben, daß es nach Weihnachten wie immer weitergeht.

Die Kantine im Casino ist geschlossen. An langen Tischen sitzen die Meister und geben die Lohntüten aus. Nicht viel drin! 7 Mk., 10 Mk., 12 Mk. waren nach meinen Eindrücken am häufigsten. Das mag daher kommen: die von der Firma bezogenen Kartoffeln und Kohlen wurden in der Regel voll abgezogen und bei vielen ging auch der gesamte Vorschuß ab. SAP-Genossen brachten einen Borsigarbeiter nach Hause, der in der Gießerei vor Jahren eines seiner Beine verloren hatte und auf den durch Regen geblättern vereisten Straßen mit seinem Stelzbein keinen Schritt ohne Hilfe machen konnte. Dieser 20 Jahre bei Borsig beschäftigte Arbeiter hatte ganze 7 Mark in der Tasche.

„Ich verstehe nicht, daß ihr so still seid“, sagte ich einem jungen Kollegen. Er zuckte mit den Achseln und meinte: „Die haben alle'n Bammel, daß et ganz zu Ende gehen könnte und halten de Schnauze.“ „Was unternahm denn die Gewerkschaft?“ „Na, wat soll'n und werd'n die schon unternehmen. Ne Versammlung war, und wie meistens mies besucht.“ „Na, und die RGO?“ „Vorm Streik hat sie noch einige Sympathien und Einfluß gehabt. Aber seit dem letzten Streik ist's aus.“ Folgen isolierter Aktionen! Und andererseits Folgen einer passiven Gewerkschaftspolitik. Beides schafft die Voraussetzungen für Gleichgültigkeit und Kampfesmüdigkeit. Aber es muß gesagt werden: das ist nicht nur eine Frage schlechter Führung, sondern auch Folge der Inaktivität der Borsigarbeiter. Wenn die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit nicht etwas kampfesfreudiger wäre, stünde es schlecht.

Borsigarbeiter! Die „vollständige Inventur“ macht sich nicht nur in eurer Firma notwendig, wie es auf einem Plakat hieß: sie ist auch erforderlich im niedergehenden Kapitalismus — und zu diesem Zwecke muß sie in euren Gehirnen beginnen! K. St.

Die Welt ohne Arbeit

Wachsende Erwerbslosigkeit auch im Ausland

Zum ersten Male legt das Deutsche Statistische Reichsamt eine eingehende Uebersicht vor, die eine Gesamtangabe des Umfangs der Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr 1931 sowohl absolut wie im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung und zur Zahl der Erwerbstätigen ermöglicht. Das Jahr 1931 hat in der ganzen Welt eine gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit gebracht. Ura mehr als 8 Millionen war die Zahl der Arbeitslosen zu Ende des dritten Vierteljahrs größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Allein die statistisch nachweisbare Zahl der Arbeitslosen in der Welt stieg auf rund 21 Millionen an; in Deutschland, in den Vereinigten Staaten, in Groß-Britannien und in Australien sind gegenwärtig rund ein Achtel der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitslos.

Die größte Arbeitslosigkeit haben die Vereinigten Staaten, für die allerdings zuverlässige Angaben über den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit bisher nicht verfügbar sind. Nach der vom Statistischen Reichsamt zugrundegelegten Schätzung sind in den Vereinigten Staaten rund 9 bis 10 Millionen Menschen gegen 5,7 Millionen im Vorjahr arbeitslos. 18 bis 20 Prozent der erwerbstätigen, 7 bis 8 Prozent der Gesamtbevölkerung sind in Amerika gegenwärtig arbeitslos.

Die nächst größte Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur erwerbstätigen Bevölkerung weist Groß-Britannien auf. Hier waren am 9. November 2,7 Millionen Menschen arbeitslos, das sind 6,3 Prozent der Gesamtbevölkerung und 13,8 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Mit einer Arbeitslosigkeit von 13,2 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung steht Australien an dritter Stelle, während Deutschland mit einer Arbeitslosigkeit von 13,1 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung an vierter Stelle steht.

Hoch ist die Arbeitslosigkeit auch in Oesterreich, Neu-Seeland, Italien, Saargebiet der Tschechoslowakei. Mit 250 000 Arbeits-

losen sind in Oesterreich 6,4 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung bzw. 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung arbeitslos. Italien hat eine Arbeitslosigkeit von 1,2 Millionen oder in Verhältniszahlen 6,1 Prozent der Erwerbstätigen bzw. 2,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Belgien, Niederland, Ungarn, Frankreich und Kanada liegt die Arbeitslosigkeit zwischen 1,2 bis 1,7 Prozent der Bevölkerung bzw. 3,3 bis 4,0 Prozent der Erwerbstätigen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich in den meisten dieser Länder die Arbeitslosigkeit sehr stark erhöht, vielfach um das doppelte bis dreifache. Sehr geringfügig, jedoch ebenfalls ansteigend, ist die Arbeitslosigkeit in Dänemark, Norwegen, Schweden, Polen, Irland, Schweiz, Finnland, Lettland und Rumänien. Sie liegt in diesen Ländern zwischen 0,2 bis 1 Prozent der Gesamtbevölkerung und 0,4 bis 2,5 Prozent der Erwerbstätigen.

Die Schwere der Wirtschaftskrise kann allerdings unmittelbar aus der Arbeitslosenstatistik nicht abgelesen werden, da der Wirtschaftsaufbau der verschiedenen Länder zu verschiedenartig ist. Vor allem vermittelt die Arbeitslosigkeit in Agrarländern keine Vorstellung über die wirkliche Schwere der Krise.

Frauen als Alkoholschmuggler

Der Chef des Zollamtes in Detroit teilt mit, daß 85 Prozent des von Kanada nach USA eingeführten Alkohols von Frauen eingeschmuggelt werden würde. Nicht nur, daß die Frauen rein „technisch“ den männlichen Bootleggern überlegen seien, unterbieten sie sie auch noch in den Preisen und begnügen sich mit einem Gewinn von etwa 2 Dollar für die Flasche unverdünnten Alkohol. Häufig hat man den Trick beobachtet, daß Frauen die Alkoholfaschen in Windeln und Tüchern eingewickelt haben.

Das versuchte Attentat gegen die Sowjetunion



Koki Kirota,

Japans Botschafter in Moskau, auf den das Attentat unternommen werden sollte, womit die interessierte kapitalistische Diplomatie eine blutige Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Japan herbeizuführen gedachte.

SPD für Autokrat-Staatsbürgerschaft

Im Zwischenausschuß des sächsischen Landtages hat sich die Sozialdemokratische Landtagsfraktion dafür ausgesprochen, daß der Staat für den zu schaffenden Trust großer Autofabriken eine Bürgerschaft von 6 Millionen Mark übernehme. Wir haben es ja dazu Charakteristisch ist, daß sich ausgerechnet der Redner der Sozialdemokratie gegen einen kommunistischen Antrag wandte, der Einberufung des Landtages zwecks Beratung dieser immerhin nicht ganz geringfügigen Angelegenheit forderte: so „verteidigt“ die SPD das parlamentarische System! Dafür stellt der Pressebericht der sozialdemokratischen Fraktion wieder einmal triumphierend fest, daß diese Sehnsucht der „Wirtschaft“ nach staatlichen Subventionen ein Kennzeichen für die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsordnung sei. Uns will scheinen, daß die Kapitalisten bisher noch immer einen für sie recht einträglichen Ausweg gefunden haben, daß aber die Herren Sozialdemokraten um so hoffnungsloser in die Sackgasse geraten sind.

Wankende Währungen Die neue Weltinflation

Der Wert der meisten Valuten ist im internationalen Verkehr im Laufe des Jahres 1931 gegenüber dem Goldwert (Dollarwert) stark gesunken. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt die Geldentwertung in den verschiedenen Ländern zu Mitte Dezember 1931 zusammen. Unter den europäischen Ländern hat die spanische Valuta am stärksten an Wert eingebüßt, da ihr Wert nur etwa 44 Prozent des ursprünglichen Goldwertes beträgt. Finnland hat sich erst vor kurzer Zeit von der Goldwährung losgelöst, woraufhin der Wert des finnischen Geldes im Verhältnis zum Dollar beinahe auf die Hälfte sank. Die Entwertung des englischen Pfundes, der dänischen, der norwegischen, und schwedischen Krone beträgt etwa 30 Prozent, ebensoviel die Wertverminderung des portugiesischen Escudos. Geringer, jedoch nicht unerheblich war die Einbuße des österreichischen und des ungarischen Geldes im internationalen Verkehr, die etwa 16 bzw. 18 Prozent Mitte Dezember betrug. Unter den überseeischen Valuten haben am meisten die Valuten Uruguays, Brasiliens und Paraguays gelitten, die etwa die Hälfte ihres früheren Goldwertes einbüßten. Auch dem australischen Pfund war kein besseres Schicksal beschieden, es sank auf 56 Prozent seines früheren Goldwertes. Völlig zusammengebrochen sind die türkischen Pfunde. Neuerdings ist auch Japan zu den Ländern mit einer starken Geldentwertung hinzugekommen. Nach dem Japan seine Goldwährung kürzlich aufgegeben hat, sank der Wechselkurs des japanischen Jense um etwa 20 Prozent.

Massenverhaftung in Portugal

In Evora sind 56 Personen wegen staatsfeindlicher Umtriebe verhaftet worden. Die Rädelsführer sollen nach Spanien geflüchtet sein.

Der Liebkecht-Mörder

Die schwedische Regierung hat heute einem Gesuch des Hauptmanns a. D. Pflughartung stattgegeben und ihm erlaubt, bis zum 20. Januar in Schweden zu bleiben. Gleichzeitig hat die Regierung beschlossen, den Schiffskapitän Willi Meyer aus Hamburg aus Schweden auszuweisen.